

# POLIZEI REPORT

G 6789  
ISSN 1869-6805

Nr. 131 · Juni 2011

## Sommermärchen 2011?!



# POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen  
der Bezirksgruppe Frankfurt  
der Gewerkschaft der Polizei  
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.  
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)



für den Großraum Frankfurt

## Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.

Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg  
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

## Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für  
Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132,  
57290 Neunkirchen

Geschäftsführer: H. R. Jud

## Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

## Verantwortlich für den Anzeigenteil:

O. Jochum

## Redaktion:

Vi.S.d.P.: Wolfgang Link, Petra Moosbauer,  
Sibylle Perrot

GdP BZG Frankfurt  
60389 Frankfurt/M., Seckbacher Landstraße 6

**Druck und Verarbeitung:** NK-Vertrieb GmbH, Abt.  
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag  
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-  
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch  
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion  
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;  
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel  
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr  
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das  
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-  
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt  
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen  
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz  
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts  
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch  
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-  
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 15.10.  
(ISSN 1869-6805)

## Aus dem Inhalt

Auf ein Wort

Seite 5

Aktuelle Urteile

Seite 7

Auslandsmissionen

Seite 11



Warnstreik

Seite 17

Maikundgebung

Seite 21

Tarifverhandlungen

Seite 27

Beiratssitzung

Seite 29

Forderungen an den  
Landeshaushalt 2012

Seite 35

Seminar „Vorbereitung auf den  
Ruhestand“

Seite 36

Aktion der Jungen Gruppe

Seite 37

Kurioses

Seite 38

Einladung zur Grillfeier

Seite 39

Ehrungen

Seite 41

Geburtstage KG Service

Seite 43

Gewerkschaftsjubiläum

Seite 45

Ehrenbrief Franz Winkler

Seite 46



Sudoku

Seite 50

Jahreshauptversammlung der  
Senioren

Seite 51

Einladung zum Seniorenausflug

Seite 54

Besuch des Opelwerks

Seite 55



Kooperation Tournesol und GdP

Seite 58

La Belle Noire und der sonnige  
Süden

Seite 63

Die Geheime Staatspolizei

Seite 66

Schlusspunkt

Seite 70

Zum Titelbild: Fußballweltmeisterschaft im Frauenfußball

# AUF EIN WORT...

## Liebe Kolleginnen und Kollegen



wie bereits in der letzten Ausgabe des Polizeireports angekündigt, war die Einschätzung richtig, dass es auch in Hessen zu einer Einigung hinsichtlich des gekündigten Tarifvertrages kommen wird. Wichtig war, dass keine Abkoppelung zu den übrigen Bundesländern stattgefunden hatte. Das Ergebnis liegt vor und wurde mittlerweile von allen Gewerkschaften auch so angenommen. Als letzte hat Ver.di zugestimmt, weil diese öffentliche Dienstgewerkschaft gemäß ihrer Satzung alle Mitglieder, ähnlich der Urabstimmungen bei Streiks, befragen muss. Die Mitglieder von Ver.di haben dem Vertrag mit weit über 90%-iger Zustimmung die Annahme erteilt. Die GdP hat die Tarifkommission, die gemäß Satzung der GdP autorisiert ist, für ihre Mitglieder zu stimmen. Direkt nach Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses haben die Kommissionsmitglieder der GdP den Vertrag einstimmig angenommen.

Gemäß Verfassung verhandeln die Gewerkschaften mit dem Arbeitgeber für ihre Mitglieder und nicht für die vielen nichtorganisierten Trittbrettfahrer. Allerdings umgeht die Politik dies immer wieder, was aus deren Betrachtungsweise auch verständlich ist, weil ansonsten scharenweise die Bediensteten den Gewerkschaften zulaufen würden. Und extrem starke Gewerkschaften kann die Politik sich nicht erlauben. Und solange die Politiker sich noch auf ein derartig unsolidarisches Verhalten der Bediensteten verlassen können, wird sich daran auch nichts ändern. Die Ergebnisse der Verhandlungen werden auf alle Bediensteten im Tarifbereich übertragen, auch auf die, die die Gewerkschaften für sich arbeiten

lassen, ohne irgendeinen Unterstützungsbeitrag in irgendeiner Form zu leisten. Die GdP fordert die Landesregierung auf, das erzielte Ergebnis inhalts- und zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen zu übertragen, d. h. dass das mittlerweile bekannte Ergebnis rückwirkend zum 01. April 2011 auch für die beamteten Bediensteten Bestand haben muss. Leider fehlt hier leider die Verlässlichkeit und Ehrlichkeit in der Politik. Denn gerade solche Parteien, denen daran gelegen sein muss, soziale Gerechtigkeit walten zu lassen, fallen den Landesbediensteten in den Rücken, weil auch diese mittlerweile wahrgenommen haben, dass Maßnahmen gegen Beamte bei den Wählerinnen und Wählern äußerst populär sind und viele Prozentpunkte einbringen.

So hatte die Landtagsfraktion von „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ nach den letzten Tarifverhandlungen verhemmend darauf gedrungen, dass die Gehaltsverbesserungen für die Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes mit 3-monatiger und für die des höheren Dienstes gar mit 6-monatiger Verzögerung gezahlt werden. Leider vergessen viele unserer Kolleginnen und Kollegen solche Aktionen zu leicht, worauf schon einmal eine Partei gebaut hatte und dennoch von den vielen Beamtinnen und Beamten des Landes die Quittung bekommen hat. Auch für eine Oppositionspartei ist ein derartiges Verhalten nicht förderlich und es ist mit Sicherheit auch nicht mehr als einmal durchführbar – denn wie man mittlerweile weiß, haben einige der Beamtinnen und Beamten auch ein Langzeitgedächtnis. Leider hat sich hinsichtlich der Wochenarbeitszeit auch nichts getan, aber das kann ja noch werden, wenn im Kabinett darüber abgestimmt, ob bei den Beamtinnen und Beamten eine Verbesserung eintreten soll. Wenn sich die Politik nicht endgültig von ihren hochgesteckten Zielen der „Verarbeitbarkeit von Familie und Beruf“ verabschieden möchte, wäre sie gut beraten, von der 42-Stundenwoche für die beamteten Bediensteten abzukehren. Wie kein anderes Bun-

desland, knechtet Hessen die Beamtinnen und Beamten, indem dort zum einen 42 Stunden in der Woche geleistet werden muss, und zum anderen wurde ohne mit der Wimper zu zucken die Lebensarbeitszeit erhöht. Somit arbeiten Beamtinnen und Beamten in Hessen im Gegensatz zu ihren Kolleginnen und Kollegen 69 Jahre und mehr.

Die Rechnung ist einfach; durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38 ½ auf 42 Stunden arbeitet jede/r Beamtin oder Beamte im Jahr 1 Monat länger, so dass am Ende des Berufslebens rein rechnerisch 69 und mehr Arbeitsjahre im Vergleich den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern zu Buche schlagen. Ich persönlich glaube hier in einem schlechten Science Fiction Film zu sein, wo die politisch Verantwortlichen darauf warten, bis die Bevölkerung sich so dezimiert. Denn im Vertrauen, wer kann bei solch einem beruflichen Dauerdruck oder im hohen Alter immer Höchstleistungen vollbringen? Gerade im Polizeiberuf, in dem innerhalb von Sekunden oder Minuten über gravierende Einschnitte in Grundrechte entschieden werden muss, hätten die Gesetzgeber mehr Fingerspitzengefühl beweisen sollen. Tatsache ist doch jetzt schon, dass immer mehr Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte nur noch eingeschränkt verwendungsfähig sind, weil die Politik wegen ihres brutalen Vorgehens mit der Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielt und das hin bis zur vorzeitigen Pensionierung, da die vielen Beamtinnen und Beamten noch vor Erreichen der Höchstaltersgrenzen menschliche Wracks sind. Ist das Absicht oder Dummheit? Diese Frage vermag ich nicht zu beantworten, weil ich nicht hinter die Stirn der verantwortlich Handelnden blicken kann. Allemal ist es aber verantwortungslos, denn die Beamtinnen und Beamten können sich gegen solche Attacken kaum wehren, deshalb sind solche Aktionen auch in Politikerkreisen sehr beliebt, zumal sie bei der übrigen Bevölkerung auf Beifall stoßen. In der derzeitigen Situation kann der Eindruck gewonnen werden, dass sich

nur die hessischen Politiker so verhalten. Auch Bayern war kurzzeitig zweigleisig gefahren und hatte Wochen- sowie Lebensarbeitszeit erhöht. Dort hatten die Regierenden jedoch innerhalb kürzester Zeit den Irrweg noch rechtzeitig erkannt. Ohne Umschweife gab der Bayerische Innenminister zu, dass die Maßnahme nur dazu dienen sollte, Personal abzubauen. Als jedoch die Kehrseite der Medaille offensichtlich

wurde, nämlich erheblicher Anstieg der Krankheitsrate und vorzeitige Pensionierungen, um nur das Wichtigste zu nennen, wurde sofort zurück gerudert. In Bayern ist eine Ausbildungsoffensive gestartet, die zum Ziel hat, die Beamtinnen und Beamten des Polizeidienstes zu entlasten, damit sie wirklich wieder effektiv und effizient ihren Dienst versehen können. Auch wir in Hessen wollen wieder zufriedene und ge-

sunde Polizistinnen und Polizisten auf der Straße und zufriedene und gesunde Polizeibeschäftigte in unseren Büros haben und deshalb unser Appell nach Wiesbaden:

**„Lasst uns nicht weiter im Regen stehen – das kennen wir schließlich schon seit 12 Jahren!“**

Euer Wolfgang Link

## Aktuelle Urteile vom DGB übermittelt

### Arbeitnehmer bei Privatisierung geschützt



Ein Richtung weisendes Urteil fällten die Richter am Bundesverfassungsgericht, hinsichtlich vollzogener Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen. Ungeachtet geschlossener Tarifverträge mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wurden die Arbeitnehmer wie Inventar behandelt und bei Veräußerung der Einrichtung einfach wie auf einem Basar feilgeboten. Ob sie wollten oder nicht, waren sie urplötzlich bei einem privaten Arbeitgeber, ohne vorher überhaupt gefragt worden zu sein. Dem schob das Bundesverfassungsgericht nunmehr einen Riegel vor und räumte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Widerspruchsrecht ein. Eine Krankenschwester der Universitätsklinik Gießen und Marburg hatte dagegen geklagt, dass das Land Hessen bei Veräußerung des Klinikums an einen privaten Arbeitgeber, den bestehenden Arbeitsvertrag einfach an den privaten Investor und neuen Eigentümer weitergeben hat. Die Richter in Karlsruhe gaben der Kranken-

schwester ohne Umschweife dahingehend Recht, dass sie den Wechsel zu einem neuen Arbeitgeber nicht widerspruchslos hinzunehmen braucht. Lehne sie den Wechsel ab, so bleibt sie laut rechtskräftigem Urteil weiterhin im öffentlichen Dienst und müsste im zu beurteilenden Fall vom öffentlichen Arbeitgeber versetzt oder unter Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen zum gültigen Kündigungsschutz betriebsbedingt gekündigt werden.

Bundesverfassungsgericht vom 25. 01.2011 – Az: 1 BvR 1741/09



### Ist rückwirkende Aufhebung der vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltes verfassungswidrig?

Das Bundesverwaltungsgericht vermochte keine Entscheidung dahingehend zu treffen, ob die Regelung zu vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltes rückwirkend wieder aufgehoben werden kann. Zwar hatte das Bundesverwaltungsgericht erkannt, dass die Aufhebung gegen die verfassungsrechtlichen Grundsätze

verstößt, setzte das Verfahren jedoch solange aus, bis das Bundesverfassungsgericht zur Verfassungsmäßigkeit der Regelung ein rechtsverbindliches Urteil fällt. Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichtes verletzt die Rückwirkungsanordnung die verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundsätze des Rückwirkungsverbot und des Vertrauensschutzes. Weiter begründet das BVerwG, dass Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger vor nachträglichen und sachlich nicht begründeten Kürzungen ihrer Versorgungsansprüche bewahrt werden sollten.

BVerwG 2 C 34.09



### Arbeitszimmer wieder absetzbar

Das Bundesverfassungsgericht hat die Gesetzesänderung im Einkommenssteuergesetz von 2007 gekippt und rechtskräftig entschieden, dass die ersatzlose Streichung eines häuslichen Arbeitszimmers

gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz verstößt, soweit die geltend gemachten Aufwendungen auch dann von der steuerlichen Berücksichtigung ausgeschlossen sind, wenn für die berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zu Verfügung steht.

Ein Hauptschullehrer hatte Klage dagegen erhoben, dass sein ausschließlich zu beruflichen Zwecken genutztes häusliches Arbeitszimmer nicht mehr bei der Steuer absetzbar war, obwohl die von ihm beantragte Zuteilung eines eigenen Arbeitsplatzes an seiner Schule zu Zwecken der Vor- und Nachbereitung vom zuständigen Schulamt abgelehnt wurde. Der Gesetzgeber ist in dem rechtskräftigen Urteil verpflichtet worden, diesen verfassungswidrigen Zustand rückwirkend zum 01. Januar 2007 zu beseitigen.

Die Gerichte und Verwaltungsbehörden dürfen die verfassungswidrige Vorschrift nicht mehr anwenden, noch laufende Verfahren müssen ausgesetzt werden. Die GEW sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt: „Tausende von Lehrkräften dürfen jetzt mit einer ordentlichen Nachzahlung rechnen und werden künftig weniger Steuern zahlen.“ Dieses Urteil ist auch auf andere Bereiche anzuwenden, weil festgestellt wurde, dass das Gesetz von 2007 gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt.

Az: 2 BvL 13/09



**Personalvertretungsgesetz gilt auch bei Entsendung deutscher Polizistinnen und Polizisten nach Afghanistan**

„Das hessische Innenministerium musste nach der Entscheidung des Gerichtes zusagen, keine weiteren Polizistinnen und Polizisten nach

Afghanistan zu entsenden, bis die Rechtslage geklärt ist.“ erklärte Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei im Anschluss an das Verfahren vor dem Wiesbadener Verwaltungsgericht.

Bernhard Witthaut hob hervor, dass diese Entscheidung des VerwG Wiesbaden Auswirkungen auf die übrigen Bundesländer haben wird. Grund für den Gang zum Gericht war die Praxis des hessischen Innenministerium, die Personalräte erst um Zustimmung zu bitten, wenn die Maßnahme vollzogen war, d. h. die Polizeibeamtinnen und Polizeibe-



amten waren schon ausgereist und bei der Auslandsmission tätig, bevor die örtlichen Personalräte überhaupt Kenntnis davon erlangt hatten.

Zukünftig müssen, nach Beschluss der VerwG Wiesbaden, bei der Entsendung deutscher Polizistinnen und Polizisten nach Afghanistan die zuständigen Personalräte der Dienststellen stärker beteiligt werden. Das Gericht hatte in der mündlichen Verhandlung auf die fehlerhafte Beteiligung der Personalräte bei der Abordnung von Beamtinnen und Beamten hingewiesen.

Durch den Richterspruch des VerwG Wiesbaden hatte der Rechtsstreit zwischen dem Personrat des Polizeipräsidium Westhessen und dem Präsidenten des dortigen Präsidiums als oberstem Dienststellenleiter ein unstrittiges Ende genommen.

Aufgrund dieses aktuellen Urteils sieht das Ministerium von weiteren Abordnungen ab, bis beim Bundespolizeipräsidium in Potsdam das gerichtliche angemahnte Verfahren zur Beteiligung des Personalrats geklärt sei. Danach würden wieder Polizeibeamte nach Afghanistan entsendet.

Der Einsatz der Polizei zur Ausbildung afghanischer Polizisten stehe nicht nur Diskussion, ließ der hessische Innenminister Boris Rhein unmittelbar nach Bekanntwerden des Urteils verkünden.

VG Wiesbaden vom 03.03.2011 – Az: 23 L 212/11.WI.PV

**Gewerkschaft  
der Polizei**

**Damit du  
dein  
Recht  
bekommst**

# Abordnung zu polizeilichen Auslandsmissionen

## Wahren der personalrätlichen Beteiligung

### Allgemeine Darstellung<sup>1</sup>

Seit 1995 beteiligt sich das Land Hessen an Internationalen Polizeimissionen (IPM), d.h. hessische Polizeibeamtinnen und -beamte gehen als Trainer/innen, Berater/innen oder auch Beobachter/innen (sog. »Monitoring«) in Gebiete, in denen eine zivile Polizei aufgebaut werden oder nach dem Aufbau begleitet werden muss.<sup>1</sup>

Sie haben in der Regel keine exekutiven Befugnisse; eine Ausnahme war die UNMIK-Mission im Kosovo. In der Mission sind sie Mitglieder international zusammengesetzter Kontingente, für die aktuell die Vereinten Nationen (UN), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder die europäische Union (EU) die Verantwortung tragen. In keinem Fall obliegt es internationalen zivilen Polizeikontingenten, Einsätze bewaffneter Streitkräfte zu unterstützen oder militärische Operationen zu unterstützen.

Seit 2003 beteiligt sich das Land Hessen auch am polizeilichen Aufbau in Afghanistan. Dort kommt die Besonderheit hinzu, dass es neben einer EU-Mission ein bilaterales Polizeiprojekt gibt, Deutschland tritt also selbst als Partner auf. Aktuell befinden sich 350 bundesdeutsche Polizisten aus dem Bund und den Ländern in IPM, darunter 218 in Afghanistan und 70 im Kosovo; allerdings inzwischen in der EU-LEX-Mission, also ohne Exekutivbefugnisse. Darunter sind zurzeit 12 hessische Polizeibeamtinnen und -beamte, zehn in Afghanistan, einer in Palästina und einer im Kosovo.

### I. Nationale Rechts- und Entscheidungsgrundlagen<sup>2</sup>

#### 1. Grundgesetz

Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten (Außenpolitik) ist gemäß Art. 32 GG eine Bundesangelegenheit. Damit fällt auch die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an internationalen Friedensmissionen in die Zuständigkeit des Bundes.



Die Ermächtigung des Art. 24 Abs. 2 GG berechtigt den Bund durch völkerrechtlichen Vertrag nicht nur zum Eintritt in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit und zur Einwilligung damit verbundener Beschränkung seiner Hoheitsrechte, sondern bietet vielmehr auch die verfassungsrechtliche Grundlage für die Übernahme der mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System typischerweise verbundenen Aufgaben.

Hierunter kann auch der Einsatz mit Polizeikräften als mit einem solchen System verbundenen Aufgaben betrachtet werden. Die Unterstellung von Polizeikräften unter militärisches Kommando ist ausgeschlossen.

Die internationalen Rechtsgrundlagen für Friedensmissionen verlangen die Eingliederung des von Regierungen der Mitgliedsstaaten der Trägerorganisation zur Verfügung gestellten Personals.

Dabei achtet die deutsche Seite auf Vereinbarkeit mit nationalem Recht. Deutsche Rechts- und Verwaltungsvorschriften finden daher für die Zeit der Zugehörigkeit zur Friedensmission insoweit Anwendung, als sie mit den völkerrechtlichen Verträgen, sonstigen internationalen Abmachungen, Verwaltungs- und sonstigen Vorschriften vereinbar sind.

#### 2. Beschluss der Bundesregierung

Der Polizeieinsatz im Rahmen einer Friedensmission oder einer humanitären Maßnahme im Ausland erfolgt jeweils aufgrund eines förm-

lichen Beschlusses der Bundesregierung.

### 3. Nationale Rechtsgrundlage der Entsendung

Die Länder ordnen ihre Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB) gemäß den gültigen Landesgesetzen i.V.m. § 14 BeamStG in den Geschäftsbereich des BMI ab. Die aufnehmende Behörde im Geschäftsbereich des BMI weist die PVB dann gemäß § 29 BBeamtG (Zuweisungsregelung) dem für den Einsatz verantwortlichen zwischen- oder überstaatlichen Mandatgeber zur Dienstverrichtung zu.

PVB des Bundes, die nicht der Bundespolizei angehören, werden von ihren Dienstherrn gemäß § 27 BBeamtG (Abordnungsregelung) vor der Entsendung in das Bundespolizeipräsidium abgeordnet.

### 4. Bundespolizeigesetz

Gemäß § 8 BPolG kann die Bundespolizei u.a. zur Mitwirkung an polizeilichen oder anderen nichtmilitärischen Aufgaben im Rahmen von internationalen Maßnahmen im Ausland verwendet werden. Diese, für die Bundespolizei geschaffene, einfachgesetzliche Rechtsgrundlage findet in Folge der Abordnung der PVB der Länder in den Geschäftsbereich des BMI für das gesamte Kontingent Anwendung.

### II. Berücksichtigung der personalrätlichen Beteiligung

#### 1. Grundsatz

§ 77 Abs. 1 Ziff. 1e Hessisches Personalvertretungsgesetz (HPVG) besagt, dass der Personalrat – der abgebenden Dienststelle – in Perso-

nalangelegenheiten der Beamten bei Abordnungen zu einer anderen Dienststelle für eine Dauer von mehr als 6 Monaten mitzubestimmen hat.<sup>3</sup> Die Abordnung zu einer anderen Dienststelle ist eine Maßnahme mit personalvertretungsrechtlicher Doppelwirkung.<sup>4</sup> Sie betrifft die Dienststelle, die die Beamtin / den Beamten abgibt und die Dienststelle, die die Beamtin / den Beamten aufnimmt. Der Schutzzweck der Mitbestimmung bei Abordnung verlangt deshalb, dass der Personalrat der abgebenden Dienststelle und der Personalrat der aufnehmenden Dienststelle zur Wahrung der Interessen der jeweils repräsentierten Beschäftigten mitzubestimmen haben.<sup>5</sup>

Für die aufnehmende Dienststelle stellt sich die Abordnung als Eingliederung in die Dienststelle und damit als Einstellung dar. Diese ist – nach dem für die Dienststelle einschlägigen Personalvertretungsgesetz – mitbestimmungspflichtig. Handelt es sich bei der aufnehmenden Dienststelle um eine Bundesbehörde, etwa die Bundespolizei, ist das BPersVG maßgebend und die Abordnung von hessischen PVB dort als Einstellung nach § 76 Abs. 1 Nr. 1 BPersVG mitbestimmungspflichtig.<sup>6</sup>



## 2. Personalauswahl für Internationale Polizeimissionen (IPM) in Hessen

Seit der Entsendung hessischer PVB in Internationale Polizeimissionen (IPM) wurde das Prinzip der Freiwilligkeit als zwingende Grundlage für eine Entsendung herangezogen. Nach dem Absolvieren eines umfangreichen Auswahlverfahrens wird u.a. eine psychologische, sportliche sowie sprachliche und polizeiärztliche Untersuchung

durchgeführt. Damit soll sichergestellt werden, dass nur geeignete Beamtinnen und Beamte für eine solche Mission ausgewählt werden.

Hier haben die hessischen Personalräte der elf Polizeibehörden und Einrichtungen festgestellt, dass eine für die Durchführung dieses Eignungsauswahlverfahrens notwendige personalrätliche Beteiligung völlig fehlt.

Dies hat der Hauptpersonalrat der hessischen Polizei (HPR Polizei) im Rahmen seiner Erörterungen, beginnend am 11.5.2010 zum Grundsatzerlass »Einsatz von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten im Rahmen internationaler Friedensmissionen« im Besonderen gerügt.

Im Rahmen der Erörterung hat sich gezeigt, dass u.a. noch folgende wichtige Punkte ungeklärt sind:

- l Die versorgungsrechtliche Absicherung der entsendeten hessischen PVB.
- l Die personalrätliche Beteiligung im Gesamtverfahren.
- l Der Umgang mit den bisher ohne personalrätliche Beteiligung ausgewählten Missionsteilnehmenden.

## 3. Entwicklung in Afghanistan seit 2003

Die Gefährdungslage in Afghanistan hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Dass seit längerer Zeit die Begrifflichkeit »Krieg/Kriegsgebiet« auch von politischer Seite gebräuchlich wurde, unterstreicht die brisante Situation in diesem Einsatzgebiet. Im Dezember 2001, mandatierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1386 die sog. »Si-

cherheitsunterstützungstruppe«, kurz ISAF.<sup>7</sup> Die ISAF-Truppenstärke wuchs bis Ende 2010 von 3.000 zu Beginn des Einsatzes auf nunmehr 133.000 an.<sup>8</sup>

Die Sicherheitslage in Afghanistan hatte sich nach dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 und einer anfänglichen Stabilisierung in den Jahren 2001-2005 seit 2006 stetig verschlechtert. Für die internationale Unterstützungstruppe ISAF ist 2010 das verlustreichste Jahr seit Beginn der Mission 2001.<sup>9</sup>

In Afghanistan sind von Dezember 2001 bis November 2010 insgesamt 2.170 internationale ISAF-Soldatinnen und -Soldaten gefallen. 44 Bundeswehrsoldaten mussten ihr Leben lassen, 3 deutsche Polizeibeamte fanden in Ausübung ihres Dienstes den Tod.<sup>10</sup>

Nach dem Sprachgebrauch bundesdeutscher Politik herrscht in Afghanistan zwar kein Krieg, die Umschreibung »kriegsähnliche Zustände« und die mediale Berichterstattung vermittelt aber einen anderen Eindruck. In Kenntnis dieser Umstände gewinnt die Frage nach der Vor-, Für- und Nachsorge für die dort dienstverrichtenden PVB neue Bedeutung.

Die Personalräte befinden sich dabei in einem besonderen Spannungsverhältnis. Die dabei widerstreitenden Interessen, dem Einzelinteresse desjenigen, der freiwillig nach Afghanistan will und der derzeit noch nicht rechtlich verankerten Erlassregelung, unter welchen Voraussetzungen Entsendungen stattfinden, müssen betrachtet werden. Die personalrätlichen Entscheidungsprozesse beschränken sich also nicht nur auf die Tatsachen, wie die personellen Lücken der entsendeten Beschäftigten für die Abordnungszeiten zu schließen sind.

Die Personalräte und der HPR Polizei haben sich zur Entsendung von PVB in Kriegsgebiete positioniert. Demnach werden vorgelegte Abordnungsersuchen durch die zuständigen örtlichen Personalräte abgelehnt und mit den fehlenden rechtlichen Grundlagen, offenen Versorgungslücken und nicht zuletzt dem fehlenden Personalersatz begründet.

In Folge wird dem HPR Polizei die Angelegenheit im Rahmen eines Stufenverfahrens vorgelegt. Der HPR Polizei ersetzt(e) keine fehlenden Zustimmungen der örtlichen Personalräte bei Abordnungen in Kriegsgebiete, so dass Einigungsstellenverfahren folgen. In allen bisherigen Einigungsstellenverfahren von Abordnungen der PVB in Kriegsgebiete, etwa nach Afghanistan, wurden die fehlenden Zustimmungen ersetzt, mit der Folge, dass die Beamtin / der Beamte nach Afghanistan abgeordnet wurde.

### III. Verfahren vor dem Verwaltungsgericht

Der Personalrat des Polizeipräsidiums Westhessen hat sich in einem Abordnungsverfahren nach Afghanistan zur Wahrung seiner Beteiligungsrechte gemäß § 111 Abs. 2 HPVG mit einem einstweiligen Rechtsschutzbegehren an das VG Wiesbaden gewandt.<sup>11</sup> Nach § 111 Abs. 2 HPVG kann dem Dienststellenleiter aufgegeben werden, eine Handlung zu unterlassen, die Vornahme einer Handlung zu dulden oder eine Handlung vorzunehmen, wenn er grob gegen seine Verpflichtungen aus dem HPVG verstößt.

#### Was war passiert?

Im Dezember 2010 legte der Polizeipräsident des PP Westhessen seinem Personalrat eine beabsichtigte Abordnungsmaßnahme für 12 Monate zur Zustimmung nach § 77 Abs. 1 Ziff. 1e HPVG vor. Die Ausreise nach Afghanistan war zunächst für den 9.2.2011 vorgesehen. Der Personalrat stimmte der Abordnung nicht zu, so dass in der Folge ein Stufenverfahren seit Januar 2011 beim HPR der Polizei anhängig war.

Eine Befassung des vorliegenden Stufenverfahrens konnte durch den

HPR der Polizei in Folge nicht wahrgenommen werden, da wesentliche Informationen im Stufenverfahren nicht bekannt waren, u.a. Verschiebung des Ausreisetermins. Der Innenminister als Dienststellenleiter wurde hierüber informiert. Am folgenden Werktag, Montag, den 28.2.2011, erreichte den Personalrat beim PP Westhessen eine Mitteilung im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit nach § 60 Abs. 1 HPVG, die eine Ausreise des Beamten am gleichen Tage um 20 Uhr vorsah. Der zuständige Richter beim VG Wiesbaden folgte dem Begehren des Personalrats und forderte die Dienststelle, hier Polizeipräsidium Westhessen, zur Stellungnahme auf. Die Behörde stoppte daraufhin in enger Absprache mit dem Landespolizeipräsidium die Ausreise des Beamten unmittelbar vor dessen Abflug.

Die erste mündliche Verhandlung in der Hauptsache erfolgte drei Tage später am 3.3.2011. Während der Anhörung erkannte das Gericht mehrere fehlerhafte Verfahrensweisen im Gesamtvorgang aus personalvertretungsrechtlicher Sicht, etwa fehlerhafte Abordnungsverfügungen und fehlende Beteiligungen aufnehmender Personalräte.

Die Kammer schlug den Beteiligten einen Vergleich zur gütlichen Einigung vor, der jedoch von Dienststellenseite in enger Abstimmung mit dem Landespolizeipräsidium formal abgelehnt wurde.

In der Folge erklärte die Dienststelle beim Fortsetzungstermin am 10.3.2011 die Aufhebung der Abordnung des Beamten. Dieser einseitigen Erledigungserklärung stimmte der Personalrat zu, so dass das Hauptsacheverfahren erledigt

war. Folge dieses verwaltungsgerichtlichen Beschlussverfahrens ist, dass bis zu einer Klärung der grundsätzlichen Rechtslage (Grundsatzertlass) und der Beteiligungsrechte im personalvertretungsrechtlichen Sinne keine hessischen PVB mehr nach Afghanistan abgeordnet werden.<sup>12</sup>

### IV. Ausblick

In den nun anstehenden Erörterungen zum Grundsatzertlass werden die eingangs beschriebenen Schwerpunkte sowie die personalvertretungsrechtlichen Beteiligungen Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus wird auch das Verfahren beim Personalaufnehmenden und zuständigen Personalrat, hier Zustimmungen zu den Abordnungen aus den Ländern, fester Bestandteil der Abordnungsvorgänge werden.

Die oben beschriebenen fehlerhaften Beteiligungen der Personalräte können bundesweite Auswirkungen entfalten, indem auch außerhessische Personalräte die entsprechenden Beteiligungen einfordern und ggf. verwaltungsgerichtlich durchsetzen.

Wittig / Mohrherr



[1] Landespolizeipräsidium (LPP 4) Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (HMdLU).

[2] Bund-/Länder-AG »Internationale Polizeimissionen« (IPM Stand: 1.1.2010).

[3] Näher zur Abordnung nach § 77 Abs. 1 Ziff. 1e HPVG Rothländer in: v. Roettenken/Rothländer, Hess. Bedienstetenrecht I, § 77 HPVG Rn. 225 ff.

[4] Kersten in: Richardi/Dörner/Weber, Personalvertretungsrecht, 3. Aufl., § 76 Rn. 58.

[5] Altwater/Hamer/Kröll/Lemcke/Peiseler, BPersVG,

[6] Aufl., § 76 Rn. 59. 6 Vgl. BVerwG v. 16.9.1994 – 6 P 33.93 –, PersR 1995, 20.

[7] Resolution 1386 des UN-Security-Council; 4443.Sitzung v. 20.12.2001.

[8] Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan, Dezember 2010, S. 10.

[9] Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan, Dezember 2010, S. 9, Ziff. 1.

[10] Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan, Dezember 2010, S. 11.

[11] VG Wiesbaden – 23 L 212/11.WI.PV –.

[12] Zitat des Hessischen Innenministers Boris Rhein: »Ich habe angeordnet, dass sämtliche unmittelbar bevorstehenden oder geplanten Abordnungen anderer Polizeibeamten, die eine Ausreise vorsehen, ebenfalls aufgehoben werden.« Presseinformation Nr. 28 des HMdLU v. 11.3.2011



# Warnstreiks auch in Frankfurt



**Kundgebung auf dem Willy-Brandt-Platz mit Blickrichtung Bahnhof**

Parallel zur Tarifrunde der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) führte Hessen seine eigene Tarifrunde durch, weil bekannt, dass Hessen sich aus der Tarifgemeinschaft verabschiedet hat, um eigene Verhandlungen zu führen. Es passte allerdings diesmal, dass die Verhandlungen in Hessen und die der TDL

für die übrigen Bundesländer zeitgleich waren, so dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gemeinsam mit dem DGB zu bundesweiten Aktionen aufrufen konnten. Der 28. Februar 2011 wurde deshalb als der Tag auserkoren, an dem es zu bundesweiten Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen

kommen sollte. In Hessen führten die Gewerkschaften Warnstreiks und Kundgebungen in mehreren Städten statt, unter anderem in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt durch. Bei der Kundgebung in Frankfurt, die ab 14.15 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz stattfand, hatte sich Ilse Schaad vom Hauptvorstand der GEW angekündigt. Zentrale Kundgebungen von Ver.di fanden in Darmstadt, Wiesbaden, Gelnhausen, Kassel und Frankfurt statt.



**Die Teilnehmer der Bezirksgruppe Südosthessen**

Für die Warnstreiks, die punktuell stattgefunden hatten, konnten verlässliche Teilnehmerzahlen von Christian Rothländer, sog. „Tarifkoordinator öffentlicher Dienst“ von Ver.di, genannt werden, weil Streikende selbstverständlich von der Gewerkschaften in Listen erfasst werden. So nahmen insgesamt 2.300 Beschäftigte allein aus den beiden Fachbereichen der Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt an den Warnstreiks teil. Auf der Kundgebung von Ver.di in Frankfurt sprach Achim Meerkamp vom Ver.di Bun-

desvorstand, der dann auch später zusammen mit den anderen Gewerkschaften des DGB, den Tarifvertrag unterzeichnete. Anlass zur Kritik hatten die Gewerkschaften allemal, denn seit Dezember 2010 waren die Forderungen der Gewerkschaften bekannt und der Arbeitgeber, in dem Fall das Land Hessen, hatte es nicht geschafft in 2 Verhandlungsrunden auch nur ein Angebot vorzulegen.



**Sibylle Perrot im Gespräch mit Journalisten der Frankfurter Rundschau**

Das veranlasste die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu diesem Streikaufruf. Ein Novum in der langjährigen Gewerkschaftshistorie war, dass Ver.di erstmals auch die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen zu Warnstreiks aufrief. Der Hintergrund dieses Aufrufes war denkbar einfach, denn seit 2006 kann jedes Bundesland aufgrund der Föderalismusreform die Besoldungserhöhungen für die Beamtenschaft selbst festlegen.

Bis 2006 war dieses Sache des Bundes. Die Vertreter der GdP waren an allen Standorten präsent. In Frankfurt fand auf dem Willy-Brandt-Platz die Kundgebung der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) statt, wo sich dann auch die Bezirksgruppen Südosthessen und Frankfurt einfanden. Diese Veranstaltung stieß auf nicht unerhebliches Medieninteresse, da Ilde Schaad, stellvertretende Bundesvorsitzende der GEW als Rednerin auftrat. Sibylle Perrot gab deshalb Statements bei Frankfurter Rundschau und Hessischen Rundfunk ab, die die Situation im Bereich der Hessischen Polizei deutlich machten. Wolfgang Link indessen war zusammen mit Ilse Schaad (GEW) und Harald Fiedler (DGB) auf dem Bühnen-Lkw. Obwohl sich dieser Auftakt Ende Februar 2011 auf viele Standorte verteilte, waren die Schwerpunkte von den Gewerk-

schaftsaktivitäten in Hessen und dem Saarland. Das war auch der Grund, dass sich die „Gewerkschaftsspitzen“ an den unterschiedlichsten Standorten aufhielten. Während Ilse Schaad in Frankfurt aktiv an den Kundgebungen teilnahm, befand sich Frank Bsirske bei einer Ver.di-Kundgebung in Saarbrücken. Frank Bsirske brachte es in seiner Rede auf den Punkt, als er den Arbeitgeber Provokation vorwarf, weil sie im Bereich der TDL erst dann ein Angebot vorlegen wollten, wenn die Gewerkschaften ihre Forderungen zurücknehmen würden. Wer mit solchen Forderungen nötigt, braucht sich nicht zu wundern, wenn Verhandlungen festgefahren sind, bevor sie begonnen haben.

Im Saarland und in Hessen wurde somit der Anfang der bundesweiten Proteste gemacht, die zum einen die Verhandlungen der TDL und die der TVH betreffen. Am Montag waren zunächst das Saarland und Hessen betroffen.



**Auch am Rande gab es Gespräche, denn zu Guttenberg war gerade aktuell**

Im Saarland gab es sogar zum Auftakt ganztägige Warnstreiks in den Autobahn- und Straßenmeistereien. GEW und GdP traten nicht nur in Frankfurt geschlossen zusammen auf. Auch in Schleswig Holstein marschierten wenige Tage später Lehrerinnen und Lehrer sowie Polizistinnen und Polizisten gemeinsam zum dortigen Finanzministerium in Kiel, um ihre berechtigten Forderungen vorzubringen und ihre Absicht noch einmal zu untermauern.

Leider war es schwer genug die Passanten, die das Gespräch suchten, die Gründe für die Proteste näher zu bringen. Die Verhandlungen für die bundesweit etwa 600.000 Landesangestellten waren bis 28. Februar leider ergebnislos verlaufen. Der Verhandlungsführer für die Länder in der TDL, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), hielt die Gewerkschaftsforderungen, aufgrund angeblich leerer Landeskassen, für überzogen. Tatsache ist jedoch, dass sich gerade die Mitglieder dieser Partei einerseits dafür feiern lassen, wie gut sie das Schiff nach der Krise in einen Wirtschaftsaufschwung gesteuert hätten, so dass die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor, andererseits sind jedoch ihren Aussagen zufolge die Kassen so leer, dass man denjenigen, die über Jahre Maß gehalten hatten, eine berechnete Belohnung vorenthalten möchte.

Hier wird ebenso eine klare Linie vermisst, wie in der übrigen Politik

auch - das macht eben Politiker mittlerweile so unglaublich. In Hessen verhandelt die Politik für die 47 000 Arbeiterinnen und Arbeitnehmer eigenständig mit den Gewerkschaften, weil Hessen 2004 aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten ist.

Text und Fotos: Wolfgang Link

# Maikundgebung

## Traditioneller Demonstrationszug des DGB



**V.l.n.r. Wolfgang Link, Matthias Flamm, Wolfgang Lang, Elke Oswald, Heinz Homeyer**

Wie in jedem Jahr hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Frankfurt-Rhein-Main zu Maikundgebungen in der Region in Frankfurt am Main, Wiesbaden, dem Hessenspark und Limburg aufgerufen. Die Kundgebungen und Reden standen in diesem Jahr unter dem Motto **„Tag der Arbeit, Tag der Würde“**. Harald Fiedler, Vorsitzender der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main führte aus: „Dass die Würde immer häufiger Menschen, ob in Arbeit oder in Arbeitslosigkeit, genommen wird, dies ist mittlerweile auch in einer der reichsten Regionen der Welt, der Rhein-Main-Region, nicht mehr zu übersehen.“ Weiter sagte er: „Gedemütigt werden Menschen zunehmend durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes bei gleichzeitiger Steigerung der Profite von Unternehmen und Aktionären. Beispiele dafür lieferten in unserer Region nicht nur die Deutsche Bank oder Walter-Bau. Von Arbeitslosigkeit betroffen und zum ALG II-Bezug herabgestufte ehemalige Arbeitslosenhilfe-Empfänger müssen nicht nur am Rande des Existenzminimums leben, sondern sie werden mit ihren Familien wie jüngst erst im optierenden Hochtaunus-Kreis (250 Personen / Familien) aufgefordert, ihre

Wohnungen zu verlassen und sich eine billigere zu suchen, was bedeutet, ihr soziales und kulturelles Umfeld aufzugeben.“

Mit den Kundgebungen und Demonstrationen in der Region will der DGB alljährlich den Menschen die Möglichkeit bieten, gemeinsam in Solidarität ihre Forderungen öffentlich zu machen. Dass es Alternativen zu Arbeitsplatzvernichtung und zum sozialen Kahlschlag gibt, das

haben Gewerkschaften und Betriebsräte vielfach auch in der Rhein-Main-Region unter Beweis gestellt. Unermüdlich setzen sie sich für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Machen auf die Missstände aufmerksam und können teilweise die Arbeitgeber zum Einlenken bewegen.

Sei es bei der Telekom oder bei der Frankfurter Rundschau, wie



**Blick von der Zugspitze zum Eschenheimer Tor**

jüngst erfolgreich von der Arbeit der Gewerkschaften und Betriebsräte berichtet wurde. Von den Kommunen in der Rhein-Main-Region erwartet Fiedler, Abstand zu nehmen von weiterer Verschleuderung öffentlichen Eigentums und stärker Arbeitsplatz schaffende Investitionen zu tätigen, anstatt Prestigeobjekte auszuloben und mit Subunternehmen und illegal Tätigen errichten zu lassen.

denen. Bei strahlendem Sonnenschein setzte sich der Zug mit einiger Verspätung in Bewegung, da viele noch mit vollen Straßenbahnen anreisten und somit den Abmarsch verzögerten.

Aufgrund der professionellen Begleitung durch die Verkehrsabteilung der Frankfurter Polizei mit 2 Motorrädern und einem Streifenwagen konnten sich fortwährend wei-

1889 zurückzuführen, der anlässlich des 100. Jahrestages der Erstürmung der Bastille, unter Teilnahme von 400 Delegierten sozialistischer Parteien und Gewerkschaften aus zahlreichen Ländern, stattgefunden hatte. In einer schriftlichen Resolution des Franzosen Raymond Felix Lavigne, war zu lesen:



**Die Zugspitze in der Börsenstraße**

Die Demonstration in Frankfurt am Main begann wie in den vergangenen Jahren auch um 09.30 Uhr am Günthersburgpark/Wetterauer Straße und endete traditionell um 11.00 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Römerberg. Redner am diesjährigen 1. Mai waren Jürgen Peters, IG-Metallvorsitzender, Harald Fiedler, Vorsitzender DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Nele Hirsch, Freier Zusammenschluss von Studentinnen und Stu-

tere Teilnehmer anschließen, die dem Zug mit öffentlichen Verkehrsmitteln entgegenkamen. Der Zug wuchs stetig an und so marschierte man durch das Bankenviertel zum Frankfurter Römer, wo die Abschlusskundgebung auch mit einiger Verzögerung stattfand. Vielen ist die Entstehung des „Tages der Arbeit“ nicht in Erinnerung und auch gänzlich unbekannt. Die Entstehung dieses Maifeiertages ist auf einen Kongress in Paris am 14. Juli

**"Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen (...). In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (...) für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen."**

Zunächst war nichts von einer Wiederholung oder gar einer Institutionalisierung als Feiertag geplant. Es schien aber wie ein stillschweigendes Übereinkommen, dass die Arbeiterbewegungen der meisten Länder davon gleichwohl ausgingen, so dass sich diese Resolution offensichtlich in den Köpfen der Gewerkschafter und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer festsetzte. Der Beschluss des Pariser Kongresses, den Kampf um den Acht-Stunden-Tag als internationale Aktion zu führen, fiel mitten in die größte Streikwelle hinein, die das Deutsche Reich bis dahin erlebt hat-



**Die Zugspitze in der Braubachstraße (Römerberg)**



**Kundgebungsteilnehmer**

te. Bis Dezember 1889 hatten 18 Gewerkschaften ihre Absicht erklärt, am kommenden 1. Mai zu streiken. Diese Erklärungen waren nicht unumstritten. Im Kaiserreich war die Streikneigung verglichen mit anderen Ländern eher gering. Das hatte nicht nur mit der Schwäche der Gewerkschaften oder dem kühleren Temperament des deutschen Michels zu tun. Als die Maifeier vorbereitet wurde, galt in Deutschland noch das Sozialistengesetz. Die sozialdemokratische Partei, der viele Gewerkschafter nahe standen, war zwar zu den Reichstagswahlen zugelassen, aber als Organisation verboten. Während der Vorsitzende August Bebel im Reichstag Reden hielt, musste die Parteizeitung Vorwärts über die Grenze geschmuggelt werden. Die Unternehmerverbände im Deutschen Reich drohten für den Fall von Streiks am 1. Mai mit Aussperrungen, Entlassungen und Schwarzen Listen. Wer auf diese Listen geriet, brauchte sich in seiner Gegend um Arbeit nicht mehr zu bemühen. Nur wenige Unternehmer, wie der Fabrikant Heinrich Freese oder Ernst Abbe (Zeiss Jena), der 1900 den 1. Mai als bezahlten (zunächst halben) Feiertag einführte, waren um sozialen Ausgleich und Deeskalation des Klassenkonflikts bemüht. Sie nahmen es mit der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht so genau oder feierten gar mit. Trotz angekündigter drohender Sanktionen beteiligten sich am 1. Mai 1890 in Deutschland etwa 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an Streiks, Demonstrationen und sogenannten "Maispaziergängen". Die Schwerpunkte bildeten Berlin und Dresden, und auch Hamburg,

wo es zu einem besonders erbitterten Arbeitskampf mit zeitweise 20.000 Beteiligten kam. Die Auseinandersetzungen zogen sich dort bis in den Spätsommer desselben Jahres hin. Das war auch nur deshalb möglich, weil die Gewerkschaften die Aktionen an allen anderen Orten nach und nach aufgaben, um sich auf eine Stadt, in diesem Fall Hamburg, konzentrieren zu können. Es gelang ihnen zwar, das Koalitionsrecht zu sichern. Die im internationalen Vergleich bescheidene Forderung nach einem Neun-Stunden-Tag ließ sich jedoch nicht durchsetzen. Es blieb allerdings, wie in den meisten anderen kapitalistischen Ländern auch, zunächst bei zehn Stunden als Regelarbeitszeit. Ein "Nebenprodukt" des Streiks resultierte aber aus der Erfahrung gemeinsamer Aktionen. Sie bewogen die Vertreter der Gewerkschaften zur Gründung eines Dachverbandes, der noch 1890 als "Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands" unter Führung Carl Legiens ins Leben trat: Das war die Geburtsstunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Sozialdemokratische Partei (SPD), gerade wieder im damaligen Deutschen Kaiserreich zugelassen, beschloss auf ihrem Hallenser Parteitag im Oktober 1890, den 1. Mai als dauerhaften "Feiertag der Arbeiter" einzuführen. Um der Provokation die Spitze zu nehmen, wollte sie von Arbeitsruhe dort absehen, wo sich ihr Hindernisse in den Weg stellten. Partei und Gewerkschaften machten den Aufruf zum Streik von der wirtschaftlichen Lage des jeweili-

gen Betriebs abhängig. Wo er nicht möglich war, sollten am ersten Maionntag Umzüge und Feste im Freien stattfinden. Mit

Beginn des „Ersten Weltkrieges“ brach die Sozialistische Internationale auseinander. Die SPD entschied sich wie ihre Schwesterparteien in den meisten anderen europäischen Ländern für ihr Vaterland und gegen Lohnbewegungen und Maikundgebungen. Die daraus resultierenden Konflikte zerrütteten die Familienverhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung. Auch die deutsche Sozialdemokratie brach auseinander. Nach Kriegsende gab es zwei sozialdemokratische und eine kommunistische Partei (KPD), deren Vorläufer, der Spartakusbund, gegen den Krieg auftrat und bereits seit 1916 wieder zu Streiks und Maidemonstrationen aufrief. Deshalb ist es heute traurig anzusehen, wie wenige sich an den Maikundgebungen beteiligen, die unsere Vorväter unter schwierigsten Bedingungen erstritten haben. Es scheint leider typisch deutsch zu sein, dass man andere vorschickt und die Vorteile einsackt. An den Nachteilen, die entstehen, sind halt immer die anderen schuld.

Denn der nichts unternimmt und nicht tätig wird, kann auch nichts falsch machen. Ist doch bequem – oder?

Text und Fotos Wolfgang Link

www.FAHR-PRAXIS.de



**IHRE FAHRSCHULE IN FRANKFURT**

- \*ALLE FÖHRERSCHEINE
- \*ANHÄNGERAUSBILDUNG
- \*SICHERHEITSTRAININGS
- \*FERIENFAHRSCHULE
- \*FAHRLEHRERAUSBILDUNG
- \*ASP/ASF/FSF-SEMINARE

BURGSTR. 13B  
60389 FRANKFURT  
TEL/FAX 069 452526

TRIEBSTR. 24A  
60388 FRANKFURT  
TEL/FAX 06109 31111

EMAIL: INFO@FAHR-PRAXIS.DE

# Tarif Tarif Tarif Tarif Tarif Tarif Tarif

## Tarifverhandlungen 2011

Die Tarifverhandlungen für die aktuelle Einkommensrunde fanden am 04. und 05.04.2011 in Wiesbaden mit Vertretern der hessischen Landesregierung statt. Mit den Tarifkommissionsmitgliedern Elke Oswald, Marianne Diefenthaler, Petra Moosbauer sowie Wolfgang Link war Frankfurt gut vertreten. Für die GdP saßen Alberdina Körner vom GdP-Bundesvorstand und der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller mit am Verhandlungstisch.

Nach zweitägigen intensiven Verhandlungen konnten die Tarifparteien folgendes Ergebnis erzielen:

### Einmalzahlung

- Im Jahr 2011 gibt es eine Einmalzahlung in Höhe von **360**, deren Auszahlung bis **spätestens 30.06.2011** erfolgen soll.
- Teilzeitbeschäftigte erhalten den Betrag anteilig.
- Die Einmalzahlung ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen nicht zu berücksichtigen.

### Erhöhung

- Ab dem **01. April 2011** erhalten die Tarifbeschäftigten eine lineare Erhöhung ihrer Gehälter um **1,5%**
- Ab dem **01.03.2012** gibt es eine weitere, lineare Einkommenserhöhung um **2,6%**

### Garantiebeträge

- Die **Garantiebeträge** nach § 17 Abs. 4 Satz 2 TV-H, die **Bereitstellungsdienstentgelte** nach Anlage B zum TV-H und die **Besitzstandszulagen** nach §§ 9, 11 TVÜ-H **erhöhen sich ebenfalls** zum 01. April 2011 um 1,5 % und zum 01. März 2012 um 2,6 %.

### Auszubildende

- Auszubildende erhalten für 2011 eine Einmalzahlung in Höhe von **120,00** und **ebenfalls** die entsprechenden linearen Erhöhungen der Ausbildungsentgelte für die Jahre 2011(1,5%) und 2012 (2,6%)



### Abschlussprämien

- Bei Beendigung des Ausbildungsverhältnisses aufgrund erfolgreich abgeschlossener Abschlussprüfung, erhalten die Auszubildende, die ihre Ausbildung im Jahre 2010 begonnen haben, weiterhin eine Abschlussprämie als Einmalzahlung in Höhe von 400 Euro.
- Für Ausbildungsverhältnisse, die ab dem **Jahr 2011 beginnen**, wird diese erhöht, gleichzeitig aber nach der Note gestaffelt:

500,00 für die Abschlussnote „sehr gut“ oder „gut“

400,00 für die Abschlussnote „befriedigend“

300,00 für die Abschlussnote „ausreichend“.

### Übernahme von Auszubildenden

- Auszubildende, die ihre Abschlussprüfung mindestens mit der Note „gut“ oder besser bestanden haben, werden bei dienstlichem Bedarf und unter der Voraussetzung landesweiter Mobilität, für 12 Monaten übernommen. Die Bedarfsprüfung erfolgt im Geschäftsbereich des Ressorts, zu dem der jeweilige Ausbildungsbetrieb gehört.

*Diese Regelung ist nicht die geforderte Übernahmegarantie nach erfolgreich bestandener Prüfung, aber konkreter als die bisherige Regelung, die im Übrigen seit dem 01.01.2011 nicht mehr galt.*

*Es besteht die Zusicherung von Innenminister Boris Rhein, dass in den Fällen, in denen eine Übernahme im ausbildenden Ressort nicht möglich ist, die Suche nach freien Stellen in anderen Ressorts unterstützt wird.*

### Bewährungsaufstieg

Die Frist für die laufenden Bewährungsaufstiege gem. §§ 8 und 9 TVÜ-H sowie für die Zahlung von Vergütungsgruppenzulagen wird bis zum 31.12.2012 verlängert.

Im Rahmen der Tarifrunde 2013 ist über eine weitere Verlängerung der Laufzeiten zu verhandeln.

### Entgeltordnung zum TV-H

Die Tarifvertragsparteien verständigen sich darauf, im 4. Quartal 2011 Tarifgespräche zur Entgeltordnung zum TV-H unter Berücksichtigung der Verhandlungen auf der Ebene der Tarifgemeinschaft deutscher Länder aufzunehmen.

Die Entgeltordnung zum TV-H soll zeitnah, möglichst jedoch mit Wirkung zum 01. Januar 2014, in Kraft gesetzt werden.

**Außerdem fordern wir weiterhin die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich und die Versorgungsempfänger.**

Petra Moosbauer



# Immer noch mit 60 Jahren in den Ruhestand

## GdP-Beirat verabschiedete den Landeshaushalt 2011



**Breit gefächert waren die Themen im Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Jörg Bruchmüller. nw**

Eine Nullrunde habe die bayrische Landesregierung ihren Beamten/innen verordnet, verkündete der hessische GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller den Teilnehmer/innen der Beiratssitzung in Willingshausen-Zella.

Für die Tarifbeschäftigten habe es allerdings den Abschluss der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) gegeben. Bruchmüller erwähnte dies in seinem Rechenschaftsbericht im Hinblick auf den angenommenen Volksentscheid zur „Schuldenbremse“ in Hessen. Man könne davon ausgehen, dass auch hier so etwas passieren könne.

In Zusammenarbeit mit der AG KOOP habe die GdP erreicht, dass im Dienstrechtsreformgesetz I festgeschrieben ist, dass die Kolleg/innen mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen könnten, wenn sie 20 Jahre belastende Dienste absolviert hätten. Das treffe auf etwa 85 Prozent der Polizeibeamt/innen zu. Im Hinblick darauf, dass dies auch für OPE, BFE und andere frühere Sondereinheiten gelte und dass es, je nach Länge der Dienstzeit (10, 15, 20 Jahre) Abstufungen gebe, sei diese Regelung einmalig in der Bundesrepublik.

Die Umsetzung solle großzügig gehandhabt werden.

### **Schuldenbremse ein Damoklesschwert**

Spannend bleibe auch das Dienstrechtsreformgesetz II, das bis November verabschiedet werden solle. Bei Besoldung und Versorgung werde sich wohl kaum etwas ändern. Es werde aber wohl bei der Beihilfe gespart obwohl Kranken- und Pflegeversicherungen teurer würden. Man müsse deshalb in der AG KOOP bleiben, um gemeinsam demonstrieren oder mit anderen Mitteln die Regierung unter Druck setzen zu können. Nur durch einen starken Auftritt aller Polizeibeschäftigten könne man die Politik beeindrucken, waren sich die Teilnehmer sicher. Auch wenn von den Behörden Angst erzeugt werde, hätten die Lehrer bewiesen, dass man demonstrieren könne, trotz der Ankündigung, ihnen allen ein Diszi verpassen.

Die Tarifverhandlungen in Hessen (TdH) stünden unter dem Eindruck der „Schuldenbremse“. Die Regierung werde sich wohl damit herausreden, dass die Bürger die Schuldenbremse gewollt hätten. Jetzt müsse man unter Umständen damit rechnen, dass die Wertigkeit der Polizei, der Polizeidienststellen und Veränderungen in der Struktur zu befürchten seien. Vergessen werde wohl, dass bei dieser Abstimmung auch die Verbesserung der Einnahmeseite zu berücksichtigen sei, zum Beispiel durch eine höhere Einkommenssteuer.

Der Abschluss der TdL sei nicht gerade hervorragend, Note zwei bis drei, sei aber noch vertretbar. Wenn so ein Abschluss für die Tarifbeschäftigten in Hessen erreicht werden könne, sei das hinnehmbar. Die Frage sei, was man unternehmen könne, wenn das Ergebnis nicht auf die Beamten/innen übertragen werde.

Der Abschluss der TdL sei nicht gerade hervorragend, Note zwei bis drei, sei aber noch vertretbar. Wenn so ein Abschluss für die Tarifbeschäftigten in Hessen erreicht werden könne, sei das hinnehmbar. Die Frage sei, was man unternehmen könne, wenn das Ergebnis nicht auf die Beamten/innen übertragen werde.

Hoffnung mache eigentlich nur ein Blick auf die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wo sich gezeigt habe, dass es auch andere Koalitionen geben könne als schwarz-gelb.

### **Verbesserte Führungskultur**

Jörg Bruchmüller ging im Zusammenhang mit dem Wechsel von Roland Koch in die Industrie, Volker Bouffier zum Ministerpräsidenten und Boris Rhein ins Amt des Innenministers auch auf die versprochene „neue Führungskultur“ ein. Es sei schwer gewesen, mit dem Landespolizeipräsidenten Norbert Nedela im Sinne des von der Polizei selbst erstellten Leitbildes zusammenzuarbeiten. Da habe es Diskussionen mit Boris Rhein gegeben. Der habe den LPP entlassen. Er habe wegen Personalfragen auch die GdP konsultiert, unter anderem wegen der Besetzung von Präsidentenposten. Das sei man von seinem Vorgänger nicht gewohnt gewesen. Positiv aufgenommen worden sei die Ernennung von Werner Koch zum neuen Staatssekretär, die Berufung von Jürgen Diehl zum Inspekteur der Polizei und von Henning Möller zum „unabhängigen“ Polizeibeauftragten. Den neuen LPP Udo Münch habe man noch nicht ganz so einordnen können, wie man es erwartet habe. Da gebe es noch einige Missverständnisse.

### **Positive Bewertungen**

Positiv wertete Bruchmüller auch das Urteil zum Einsatz von Polizist/innen in Afghanistan, das die Personalräte von Frankfurt und Westhessen angestrengt hätten. Zum einen sei die aufnehmende Dienststelle „Bundespolizei“ nicht beteiligt worden, zum anderen habe Polizei in einem „Kriegsgebiet“ nichts zu suchen, hätten die Richter dem Innenministerium deutlich gemacht.

Positiv sei auch der dreitägige Landesdelegiertentag in Weilburg mit rund 300 Teilnehmer/innen (Delegierte und Gastdelegierte) gewesen. Das sei einmalig in Deutschland. Es erhebe sich aber im Hinblick auf die immensen Kosten die



**Den Jahresabschlussbericht für 2010 und den Haushaltsplan für das Jahr 2011 legte Jürgen Aschenbrenner vor. nw**

Frage, ob die Hessen-GdP sich das auf die Dauer leisten könne.

Gut bewertet wurde auch der Bundeskongress, wo das Land Hessen seine Anträge gut eingebracht habe. Mit ihm selbst sei seit 60 Jahren erstmals wieder ein Hesse in den geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt worden. Konrad Freiberg habe als Bundesvorsitzender das Bild der Polizei geprägt. Jetzt sei es an Bernhard Witthaut, diese Tradition fortzusetzen. Die Frage sei zu stellen, ob angesichts der Föderalismusreform die Bundes-GdP noch überall so mitbestimmen müsse wie seither. Darüber müssten sich die Länder Gedanken machen.

Ein paar Probleme habe es gegeben bei der Stellenhebung von A10 nach A11, die über einen zeitweiligen Verzicht für Hebungen nach A10 finanziert werden solle. Hier habe man eine prozentuale Umsetzung nach dem „Königsteiner Schlüssel“ vornehmen wollen, was nicht ganz geglückt sei. Man habe jetzt eine Lösung gefunden bei der Frankfurt und die Bereitschaftspolizei besser berücksichtigt worden seien.

Positiv sei die Mitgliederentwicklung von Hessen bei verminderten Austritten, auch bei den Senioren, und bei erhöhten Eintrittszahlen, stellte Jörg Bruchmüller anhand von Statistiken fest. Mitgliedergewinnung aus dem Bestand müsse vor Ort geschehen. Papier sei geduldig, das persönliche Gespräch im Strei-

fenwagen zeige die meiste Wirkung.

### **Zweierlei Maß bei Disziplinarverfahren**

Ein anderes Thema war die Klage des verurteilten Kindermörders Markus Gäfken auf Schadensersatz wegen der angedrohten „Foltermethoden“. Hier habe sich jetzt herausgestellt, dass der damalige PVP Daschner Mitwisser „über sich“ gehabt habe, die angeordnet hätten „die Instrumente zu zeigen“.

Angesichts der Tatsache, dass den „kleinen Beamt/innen“ wegen aller möglichen „Vergehen“ ein Disziplinarverfahren angehängt werde (der Geist von Nedela wehe hier durch die Amtsstuben), könne man erwarten, dass auch dem früheren LPP Nedela ein Diszi angehängt werde. Hier werde die GdP nachhaken, da nicht einzusehen sei, dass mit zweierlei Maß gemessen werde. (Anmerkung der Redaktion hierzu: Nach der Beiratssitzung war der Presse zu entnehmen, dass Innenminister Boris Rhein in Innenausschuss des Landtags geäußert habe, dass er keine Möglichkeit sehe, achteinhalb Jahre nach dem Tatgeschehen gegen eventuelle Mitwisser noch ein Disziplinarverfahren zu eröffnen. Die tat sei verjährt. SPD und Grüne hatten Diszis gegen den damaligen Staatssekretär Udo Corts und LPP Norbert Nedela gefordert).



**Sie hatten sechs Pakete entwickelt als Einstiegsgeschenke für neue Mitglieder, v.l., Peter Wittig und Antonio Pedron. nw**



## Lebensarbeitszeitkonten und IZEMA

Unstimmigkeiten habe es gegeben wegen der Lebensarbeitszeitkonten, beklagten die Delegierten. Es gebe noch keine verbindliche Regelung, wann und wie die Überstunden abzufeiern seien. Es bleibe alles unter dem Vorbehalt des Dienstherrn „wenn dienstlich möglich“. Geklärt sei auch noch nicht die Frage einer Auszahlung. Deutlich wurde, dass es Sache der Dienststelle sei, jeder/jedem Beamtin/jedem beamteten, die Anzahl der Stunden mitzuteilen. West- und Mittelhessen hätten hier schon eine Lösung gefunden. Nicht erlaubt sei es, die Stunden zu sammeln und geschlos-

haben sich eingeschaltet und wolle für eine verbesserte Information sorgen.

## Anträge des Landesdelegiertentages

Mitglieder des Landesvorstandes informierten die Delegierten über den Sachstand der Anträge des Landesdelegiertentages. Einige seien an den Bundeskongress weitergeleitet und auch angenommen worden, andere seien zum Teil in die Dienstrechtsreformgesetze und die Tarifverhandlungen aufgenommen worden. Es bleibe abzuwarten, was davon angenommen werde. Gut angekommen sei der Familienbeitrag, auch wenn der Bundesvor-

## Haushaltsplan

Zufrieden mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2011 zeigten sich die Delegierten der Beiratssitzung. Trotz knapper werdender Mittel war es Rechner Jürgen Aschenbrenner wieder gelungen, einen ausgeglichenen Etat vorzulegen. Immerhin geht es bei Personal- und Sachkosten um rund 2,3 Millionen Euro. Im vergangenen Jahr, so war den Ausführungen zu entnehmen, wurde ein rechnerisches Minus von 126.000 Euro erwirtschaftet. Das war aber hauptsächlich der Durchführung des Landesdelegiertentages geschuldet. Die Mitglieder segneten das Zahlenwerk 2010 und 2011 einvernehmlich ab.



**Mehrheitlich stimmten die Delegierten bei der Beiratssitzung für ein einheitliches Geschenk für neue Mitglieder. nw**

sen vor der Pensionierung zu nehmen, um z.B. sechs Monate früher in Ruhestand zu gehen.

Probleme gebe es auch bei IZEMA mit der Berechnung der Urlaubs- und Krankheitstage. Hier habe es Fehler gegeben, was nicht alleine auf mangelnde Kommunikation zurückzuführen sei. Toni Pedron erklärte, dass in Südhessen eine Infoveranstaltung durchgeführt worden sei mit LPP Udo Münch und der IZEMA-Projektgruppe.

Da sei herausgekommen, dass einiges schief laufe. Hier müsse die GdP Infos ins Internet setzen. Wichtig sei, bei auftretenden Problemen, diese genau zu beschreiben, um feststellen zu können, ob es ein Fehler des Systems sei oder ein „Fehler vor Ort“. Der Hauptpersonalrat

stand das nicht so sehe. Eine längere Diskussion gab es zu dem Antrag A 07 „Einheitliche Eintrittspräsente“. Dabei gehe es nicht um Studienanfänger, sondern für geworbene Mitglieder aus dem Bestand, erklärten Peter Wittig und Antonio Pedron.

Sie hatten sechs verschiedene „Pakete“ mit Präsenten vorgestellt. Es gibt ein Paket für die Schupo, eines für die Kripo, eines für die Wapo, ein „Vermischtes“ und Gutscheine.

Bezahlt werden soll das Eintrittsgeschenk zu je einem Drittel von den Kreisgruppen, den Bezirksgruppen und vom Land. Mehrheitlich wurde abgestimmt, dass man es zunächst für ein Jahr mit einem einheitlichen Geschenk versuchen wolle.

## Termine

In diesem Jahr feiert die GdP im Frankfurter Römer ihr 60jähriges Bestehen. Die Beiratssitzung im kommenden Jahr wird unter dem Aspekt der bevorstehenden Personalratswahlen durchgeführt. Die Seniorengruppe führt am 2./3. November dieses Jahres in Tann/Rhön wieder ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ durch. Heinz Schiskowski gab einen Überblick über die Termine der Tarifverhandlungen und die seitherigen Ergebnisse. Die Delegierten gedachten der verstorbenen Mitglieder, darunter der südhessische BZG-Vorsitzende Rolf Büttner und Rudi Appel aus Nordhessen.

Norbert Weinbach

# GdP Forderungen an den Landeshaushalt 2012

## Innere Sicherheit

von Ralf Humpf

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist Hauptaufgabe der Polizei und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus sowie im medialen Interesse. Das vielfältige, stetig wachsende als auch gewissen Wandlungsprozessen unterliegende polizeiliche Aufgabenspektrum setzt eine ziel- und bedarfsorientierte Investition in Sachmittel, vor allem aber auch in Personalressourcen voraus. Mit der Erhöhung der Einstellungszahlen auf 550 Polizeianwärterinnen und -anwärter begegnet die Landesregierung den in den zurückliegenden Jahren zu konstatierenden Stellenabbau, kann jedoch - gemessen an den Anforderungen des täglichen Dienstes - die Personalvakanz im Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbereich nicht kaschieren. Die Beibehaltung kontinuierlich hoher Ausbildungsraten an Stelle einer temporären Steigerung ist zur konsequenten und dauerhaften Kompensierung von Personalausfällen im Polizeivollzugsdienst ebenso wie zur Bewältigung der verschiedenen Aufgabenstellungen, denen sich die Polizei mit ihren Beschäftigten konfrontiert sieht, unabdingbare Voraussetzung. Die im Zuge des 1. Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes zu verzeichnende Erhöhung der Lebensarbeitszeit trägt den besonderen Belastungen des Polizeiberufs mit seinen verschiedenen Facetten in Gänze keine Rechnung, selbst unter Berücksichtigung individueller Altersgrenzen und Übergangsfristen für bestimmte Einstellungsjahrgänge.

Der mit dieser Regelung eng korrelierende demografische (Negativ-) Trend innerhalb der Polizei setzt sich nicht nur fort, sondern schränkt die Zukunftsperspektiven, insbesondere die Aufstiegschancen und Beförderungsmöglichkeiten für alle Polizei- beschäftigten erheblich ein. Dieser Entwicklung ist durch ein spezifisches Stellenhebungsprogramm entgegen zu wirken, auch unter dem Aspekt der dringend erforderlichen Nachwuchsgewinnung.

Wir wollen eine sach- und bedarfsgerechte sowie zukunftsorientierte Besetzung aller Polizeistellen. Das beinhaltet, dass Polizeiarbeit durch Polizeibeamtinnen und -beamte, Fach-/ Verwaltungstätigkeit durch Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte bzw. ausreichend Tarifbeschäftigte wahrzunehmen ist, die gefahrenengereigten und die Gesundheit beeinträchtigenden Tätigkeiten sowie Tag für Tag gezeigten Leistungen auch finanziell honoriert werden. Das Zulagenwesen darf in diesem Zusammenhang nicht länger abgekoppelt bleiben. Eine Erhöhung der gewährten Zulagen für besondere Tätigkeiten und Verwendungen, ebenso aber auch die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sind mehr als überfällig.



Die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitsbelastung und damit einhergehenden Überstundenbergs gerade im Polizeidienst ist zudem aus Fürsorgeaspekten unabdingbar.

Die Wertschätzung der Polizeibeschäftigten bedarf weit mehr als einer im Rahmen der medienwirksamen Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu registrierenden Würdigung. Die über Jahre der breiten Öffentlichkeit dargestellten Leistungen aller Polizeibeschäftigten müssen auch belohnt werden!

Der Tarifvertrag für die Beschäftigten des Landes Hessen (TV-H) bedarf einer weiteren, verbesserten

Ausgestaltung und darf nicht zur Abkopplung von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung führen. Die Verlängerung von Bewährungsaufstiegen über den 31.12.2011 hinaus um zumindest weitere zwei Jahre ist zwingend, um den Mindestanforderungen im Tarifbereich Rechnung zu tragen. Die Entgeltordnung muss die spezifischen, mit anderen Berufsbildern nicht vergleichbaren Aufgaben berücksichtigen. Die Schaffung eines Berufsbildes „Polizeifachangestellte/Polizeifachangestellter“, die Höhergruppierung von kriminaltechnischen Angestellten (KTA) sowie die Festeinstellung von Auszubildenden sind im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen mehr als gerechtfertigt. Der nach Abschaffung der Personalvermittlungsstelle (PVS) gleichwohl fortgeführte Stellenabbau durch die Beschränkung auf der Wiederbesetzung jeder zweiten freien Stelle im Tarifbereich (Zählstellenproblematik) ist nicht zu tolerieren und aufzuheben. Ein Ausgleich der vakanten Altersteilzeitstellen ist vorzunehmen.

Hessens Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine qualifizierte Dienstleistung, die im Bereich der Inneren Sicherheit unverzichtbar ist. Eine an die gestiegenen Anforderungen des Polizeiberufs modifizierte Aus- und Fortbildung ist ebenso unverzichtbar, wie auch die hierfür erforderliche Gewinnung entsprechenden Fachpersonals.

Eine Hebung der Fachlehrerstellen ohne Belastung der Stellensituation des polizeilichen Einzeldienstes ist Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der Qualität der Aus- und Fortbildung. Eine professionelle Dienstleistung kann nur von qualifizierten Polizeibeamtinnen und -beamten erwartet und erbracht werden! Daher fordern wir nach wie vor die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes, mit dessen Einführung ein deutlicher Qualitätsverlust zu verzeichnen ist.

Unter dem Gesichtspunkt des aufgaben-, ziel- und bedarfsorientierten Sachmitteleinsatzes und der damit einhergehenden Sachmittelverwaltung ist die Kostensteigerung des in Baden-Württemberg eingerichteten Logistikzentrums für die Dienstbekleidung der hessischen Polizeibeschäftigten zu kritisieren, der nur durch Rückführung in den Aufgaben- und Verantwortungsbe- reich einer hessischen Polizeibehör- de konsequent begegnet werden kann.

Nicht nur unter der Prämisse der Werterhaltung, sondern auch der Dienstleistung hat sich die Installati- on des für die Landesliegenschaften

verantwortlichen Hessischen Immo- bilienmanagement nicht bewährt. Dort, wo vormalig die eigenen Be- diensteten zuständig waren, bleiben nicht zuletzt auf Grund langer Ver- waltungswege dringend zu erledigende Arbeiten einfach liegen! Es liegt auf der Hand, dass polizeiliche Liegenschaften, insbesondere dort, wo im Schichtdienst 24-Stunden- Dienst geleistet wird, nicht mit ande- ren Liegenschaften vergleichbar sind. Dennoch ist das Hessische Im- mobilienmanagement nicht in der Lage, flächendeckend die Bedürf- nisse der Nutzer, beispielsweise durch Erhöhung von Reinigungsinter- vallen im Schichtdienst, zu ge- währleisten. Die erheblichen Mehr-

kosten bei der Wartung von Dienst- kraftzeugen durch die in Inan- spruchnahme von Vertragswerkstätten schlagen sich negativ auf die Budgets der Polizei- behörden und –einrichtungen nie- der. Insofern sind Budgetanpas- sungen an die allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten vorzunehmen. Auch bei der derzeit dramatisch prognostizierten Lage darf der Bereich der Inneren Sicher- heit nicht erneut zur Haushaltskon- solidierung herangezogen werden. Die durch die Regierungsparteien zur Bewältigung der Finanzkrise proklamierte Schuldenbremse darf nicht Alibi für (versteckte) Sparmaß- nahmen sein!

## Vorbereitung auf den Ruhestand

Landessenorenvorstand lädt Kolleg/innen von 58 bis 67 Jahren ein

In diesem Jahr hat der GdP-Landessenorenvorstand wieder ein Seminar organisiert

### „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Durchgeführt wird es

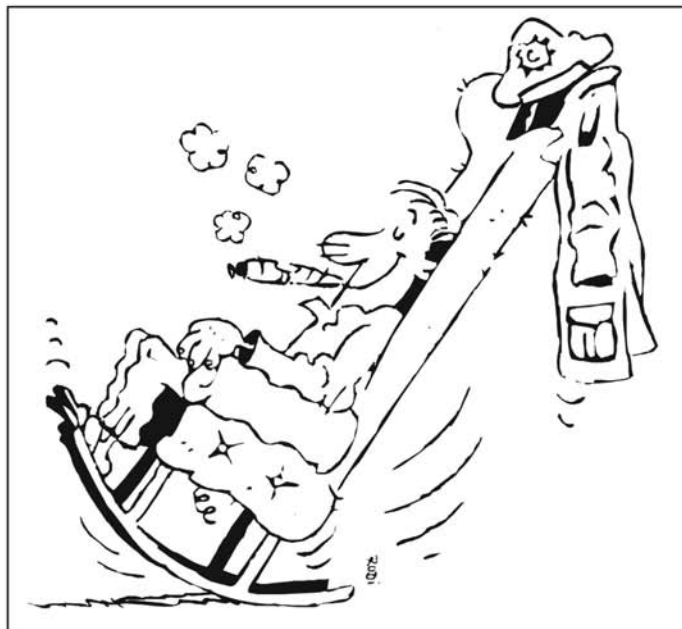
**am 2./3. November 2011**

**in der Gaststätte „Zur Krone“ in Tann/Rhön, Am Stadttor 2,**

**Tel. 06682-213,**

**Homepage: [www.krone-tann.de](http://www.krone-tann.de)**

Seminarteilnehmer (Tarifbeschäftigte, 63 bis 67 Jahre und Pensionär/innen, 58 bis 62 Jahre) müssen einen Eigenbeitrag von 20 Euro bezahlen. Das ist die Voraussetzung für eine Anmeldung. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Ehepartner/innen können auch an-



gemeldet werden. Die Teil- nehmerzahl ist auf 40 Perso- nen beschränkt.

Vorgesehene Themen sind: Pflegeversicherung, Probleme beim Zusammentreffen von Rente/Pension, Bewegung und gesunde Ernährung, Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Testament, Vollmacht zur Bei- hilfe.

Norbert Weinbach

**Anmeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GdP,  
Ruth Brunner, Wilhelmstr. 60 a, 65183 Wiesbaden,  
Fax 0611-9922727,  
E-Mail: [rbrunner@gdp-online.de](mailto:rbrunner@gdp-online.de)**

# Aktion der Junge Gruppe Hessen mit POLAS

## Über 1850 Dienstausweismäppchen verteilt

Die Aktion „Dienstausweismäppchen“ der JUNGE GRUPPE (GdP) und unseres Kooperationspartners Polas lief im Zeitraum von Anfang Februar bis Mitte April dieses Jahres. Mit großer Freude konnte ich die täglichen Bestellungen verbuchen. Wir haben zunächst die Bestellungen gesammelt, um einen günstigen Preis zu erzielen. Ein weiteres Ziel war, keine Portokosten zu produzieren. All das ist uns auch gelungen.

Wir sind von Bestellungen überannt worden, so dass sich der eine oder andere Fehler eingeschlichen hat. Wir hatten unerwartet versandhausähnliche Verhältnisse. Im Folgenden möchten wir gerne einige Fallbeispiele geben mit denen wir konfrontiert waren.

Es kam vor, dass Besteller und Überweiser nicht identisch waren, d.h. wir hatten einen Geldeingang und konnten dem keine Bestellung zuordnen. Dann versuchten einige telefonisch oder per Dienstemail die Ausweismäppchen zu bestellen. Andere haben im Wissen der Nichtmitgliedschaft dreister Weise versucht den GdP-Preis zu erlangen. In diesen Fällen haben wir keinen Spaß verstanden.

Andere sind nach erfolgter Bestellung zu Polas in die Filiale gegangen. Abgesehen von den vielen Anfragen haben einige Interessenten pauschal eine Großbestellung aufgegeben, ohne zu prüfen, ob die Besteller GdP-Mitglieder sind. Das, gekoppelt mit dem Produktions- und Lieferengpass, brachte mich wirklich ins Schwitzen.



Auch das Ehrenamt kommt an seine Grenzen, so dass nach der 1000. Dienstausweismäppchen-Bestellung das Organisationsteam auf fünf Personen erweitert wurde, mit Peter Wittig, Bernd Kuske-Schmittinger, Gisela Deckert unserer Auszubildenden Carmelina Maiorano. Über die örtlichen GdP-Personalräte wurden die Umschläge und Pakete dann verteilt. Wir bedanken uns für das entge-

gebrachte Vertrauen und bedauern nochmals die lange Wartezeit. Wir haben Mitte April mit der Auslieferung begonnen.

Sollte der Eine oder Andere vergessen worden sein, dann bitte ich um Kontaktaufnahme über [pedron@polizeireport.de](mailto:pedron@polizeireport.de). Viel Spaß mit dem Ausweismäppchen.

Antonio Pedron  
Peter Wittig



## WITZEL & SOHN Ltd.

Verkauf von Neu- und Gebrauchtwagen  
Verleih von Waagen und Gewichten

**SOEHNLE**  
Kundendienst

Gemündener Straße 16 · D-60599 Frankfurt/M. · Telefon: 0 69 / 68 54 05 · Telefax: 0 69 / 68 60 85 78  
E-Mail: [witzel.waagen@arcor.de](mailto:witzel.waagen@arcor.de) · Internet: [www.witzel-sohn.de](http://www.witzel-sohn.de)

# KUPILOSES — SKUPPILES Stilblüten

ingesandt von Marco Mehler, 3. Polizeirevier

Auszug stammt von der Intranet Startseite des PP FfM vom 25.02.2011:

Zwei bislang unbekannte weibliche Personen drangen in das oben genannte Mehrfamilienhaus ein und hebelten im 3. Stock die Wohnungstür des Geschädigten auf. Aus der Wohnung entwendeten sie anschließend Bargeld und Schmuck im Gesamtwert von 20.000 bis 25.000 €. Unter dem Stehlgut befanden sich zwei wertvolle Ringe, bei denen es sich um Einzelstücke handelt. Beide Ringe gleichen sich total, weisen jedoch keine Gravur auf. Der Geschädigte ist im Besitz eines dritten Rings, der ebenfalls identisch mit den zwei entwendeten Ringen ist. Von diesem wurde ein Lichtbild gefertigt.

**In dem Fahndungstext wird angegeben, dass es sich um zwei wertvolle Ringe handelt, die Einzelstücke sind und sich aber trotzdem total gleichen. Außerdem hat sie noch einen dritten identischen Ring???**

**Also sind es drei identische Einzelstücke --- kann man da überhaupt noch von einem Einzelstück reden.**

ingesandt von Arno Strüning, V 213

Meldung eines Bürgers bei der Stadt Frankfurt über den Verlust/Diebstahl eines Personalausweises:

.....

Verlustgrund: aus gesundheitlichen Gründen selbst zerstört

Verlustort: Frankfurt am Main, Klinikum Höchst

ingesandt von Michael Münscher, 12. Polizeirevier

Auszug aus einer Anzeige wegen Fahrraddiebstahls

„Die genaue Beschreibung und Fahrradnummer will der Geschädigte gemeinsam mit seiner Mutter nachreichen“.

Anmerkung: Die Beschreibung und die Nummer hätten es wohl auch getan.

Eingesandt von Volkhardt Konnerth, V 311

Aus einer E-Mail eines Kollegen aus der Bereitschaftspolizei, anlässlich des Versetzungstermins Feb. 2011:  
„Morgen ist also **der große Tag**..... Ich freu mich wie ein kleines Kind auf Weihnachten. Hoffentlich wird's kein **Volkstrauertag**“

Mit Eurer Hilfe könnte sich unsere Materialsammlung bereichern lassen.  
Zuschriften erbittet: Wolfgang Link, Personalrat.



## Mitglieder aufgepasst:



**60 Jahre GdP Hessen – und wir feiern mit!**

**Die Frankfurter Kreisgruppen laden Dich mit  
Deiner Familie zu einer Grillparty auf dem  
Gelände der Wasserschutzpolizei ein.**



Wann: 19. August 2011

ab 14.00 Uhr

Wo:

Grillplatz der

Wasserschutzpolizei

Lindleystraße 14, Frankfurt



Zur besseren Planung sendet bitte den unteren Abschnitt bis zum 05.08.2011 als verbindliche Zusage an Wolfgang Link, Sibylle Perrot oder Petra Moosbauer beim Personalrat bzw. an Eure Kreisgruppenvorsitzenden.

---

Ich nehme mit ..... Personen teil.

Name:

Vorname:

Kreisgruppe:





## Herausragende Geburtstage

Sie stehen trotz ihres erhabenen Alters von 80 Jahren und mehr als Mitglieder in unseren Reihen. Deshalb wünscht ihnen die Gewerkschaft der Polizei - Bezirksgruppe Frankfurt - noch weitere schöne Jahre und gratuliert ganz besonders zum

### 93. Geburtstag:

Elfriede Fischer

### 92. Geburtstag:

Adolf Roth

### 90. Geburtstag:

Gerda Scholz

### 89. Geburtstag:

Wilhelm Braumann  
Wilhelm Kirchgässner

### 86. Geburtstag:

Walter Sippel

### 84. Geburtstag:

Margarethe Heidorn  
Hermann Oellers

### 83. Geburtstag:

Fritz Greiner  
Margot Wagner

### 82. Geburtstag:

Erika Groß  
Ernst Weidel

### 81. Geburtstag:

Erwin Herborn  
Helga Metscher  
Engelbert Münzberg

### 80. Geburtstag:

Otto Grün

**Der Vorstand der Bezirksgruppe Frankfurt wünscht allen Kolleginnen und Kollegen, die 60 Jahre und älter geworden sind**

**bzw. noch werden, weiterhin Gesundheit, Zufriedenheit und noch viele aktive Jahre.**

### Im Monat April hatten Geburtstag:

Lothar Bastian  
Gerhard Becker  
Günter Bergmann  
Eugen Goltzsche  
Willi Gosse  
Kurt Heumann  
Bernd Hochstuhl  
Monika Jobst  
Günter Köllner  
Uwe König  
Hildegard Kröckel  
Wolfgang Kunkel  
Herbert Lange  
Marita Ludwig  
Kurt Lukacek  
Arias Francisco Martinez  
Klaus Eberhard Peisker  
Brigitte Rausch  
Wilhelm-Willi Reichert  
Heinrich Reitmeier  
Ernst Reul  
Karl-Heinz Röhling  
Hans Rohr  
Adolf Römer  
Peter Roßmar  
Günter Rudhard  
Karl-Peter Sauer  
Peter Schirrwagen  
Eduard Schnorrer  
Günter Schulte  
Jürgen Stohmann  
Dieter Wachsmundt  
Walter Wehner  
Hartwig Weise

### Im Monat Mai hatten Geburtstag:

Dosta Bauer  
Frank Broschat  
Josef Büttner  
Hermann Dietrich  
Dieter Einert  
Ute Göppner  
Karola Gottschalk  
Karl Graf  
Dieter Herpolsheimer  
Manfred Heyn  
Otilie Huschenhöfer  
Rosemarie Jörg  
Ingrid Kossmann  
Wilhelm Kraft  
Kurt Kraus

Werner Lacalli  
Rolf Lieberum  
Heinrich-Adam Loy  
Herbert Maresch  
Helene Marquardt  
Hartwig Maucher  
Helgo Müller  
Hannelore Panteleit  
Günter Poth  
Alfred Radtke  
Wolfram Rosewick  
Ludwig Schaumburg  
Harald Schmidt  
Anneliese Schneider  
Karl Schreiber  
Rolf Schwagmeier  
Roswitha Schwing  
Hildegard Solz  
Gerhard Stanke  
Frank Stankus  
Heinrich Hermann Stenzel  
Wolfgang Stiehl  
Günther Storch  
Manfred van Dyk

### Im Monat Juni hatten / haben Geburtstag:

Walburga Elisabeth Beck  
Jürgen Bender  
Giovanni Burgio  
Wilhelm Dauth  
Manfred Degner  
Werner Frölich  
Gerhard Groll  
Heinz Haas  
Siegfried Heck  
Hans Joachim Jöst  
Josef Lang  
Christel Merkel  
Harald Meyer  
Gregor-Thorsten Möckel  
Johannes Odendahl  
Robert Otto  
Georg Pauli  
Rainer Pfaff  
Horst Pfeiffer  
Manfred Priewe  
Hans Repp  
Camilo Rodriguez-Pallares  
Adalbert Salomon  
Horst-Werner Schleicher  
Marie-Luise Schneider  
Ulrike Thummerer  
Hans Helmut Werkmeister  
Heinz Jürgen Weydmann  
Günter Zachmann  
Antonio Zambito

# Ehrungen

## Wir gratulieren zum ...

### 50jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Klaus-Jörg Gisevius  
Wilhelm Scholl  
Hildegard Solz

### 25jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Carsten Brodthagen  
Monika Heleine  
Oliver Koss  
Rüdiger Neumann

### 40jährigen Dienstjubiläum

Helmut Biskamp  
Alexander Meyer  
Stephan Waldschmidt

### 25jährigen Dienstjubiläum

Martina Dehler  
Es trat in den Ruhestand:  
Reiner Peter Knopf  
Günter Gustav Köllner

Hans-Günter Neeb  
Hans-Jürgen Rösen  
Joachim Schlemminger

### Es sind verstorben:

Erwin Brand  
\* 25.06.1928 + 05.02.2011

Horst Meder  
\* 21.09.1933 + 21.02.2011

Joachim Fulbrecht  
\* 30.01.1962 + 30.03.2011

Wir werden den Verstorbenen ein  
ehrendes Andenken bewahren.

### Herzlich willkommen in der Bezirksgruppe Frankfurt:

Jens Bischoff  
Guido Dersch  
Dorothea Kalbhenn  
Jürgen Lather

Stefanie Riedel  
Jens Scheel  
Sylvia Schlenkrich  
Tino Schmidt  
Stefan Schmidt  
Anika Stahl  
Benjamin Sträck  
Sebastian Striesow  
Frank Thiel  
Maria Vlachava

### Anmerkung der Redaktion:

Wir alle sind Menschen und kei-  
neswegs vollkommen. Sollten wir  
jemand vergessen haben, bitten  
wir um Entschuldigung, und die  
oder den Betroffene/n, sich bei  
uns zu melden, damit wir unsere  
Unterlagen korrigieren können.

MD

SCHNELLER ALS DIE POLIZEI ERLAUBT -  
ABER NUR AUF DER RENNSTRECKE!



CHEVROLET



Sportlich oder luxuriös? Beides: im Chevrolet Cruze! Als Sieger der WTCC 2010 garantiert er jederzeit weltmeisterlichen Fahrspaß. Ganz egal, ob auf der Straße oder der Rennstrecke.





## Geburtstage

Zum 60. Geburtstag gratuliert die Kreisgruppe Service Walter Wobbe, Heidi Fischer und Günter Kohlhepp (ohne Bild). Wir wünschen für die Zukunft alles Gute.



Walter Wobbe ist seit 1978 in der Waffenwerkstatt des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main tätig.

Er feierte am 13.02.2011 seinen 60. Geburtstag.



Es war uns eine Freude, auch Heidi Fischer mit einem kleinen Präsent zum Geburtstag am 04.12.2010 nachträglich zu gratulieren.

Heidi Fischer ist bei V23 in der Finanzbuchhaltung tätig und feierte zudem im letzten Jahr ihr 25-jähriges Dienstjubiläum.

# Gewerkschaftsjubilare der Kreisgruppe Service

In Anerkennung für die langjährige Treue zur Gewerkschaft der GdP bedankte sich der Vorstand der Kreisgruppe Service bei seinen Mitgliedern Christian Hertel, Norbert Kanschus, Walter Wehner, Erna Aldinger (ohne Bild), Alfred Möller und Helmut Schunda.

## 25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Erna Aldinger ohne Bild, V 21



Norbert Kanschus, Leiter Personenschutz



Christian Hertel, V 33, ist Kassierer der Kreisgruppe Service. In diesem Jahr hatten wir Gelegenheit ihn selbst mit einem Präsent zum 25. Gewerkschaftsjubiläum zu überraschen.



Walter Wehner, V 21

## 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum



Helmut Schunda, E 32



Alfred Möller, Z 12

# Franz Winkler erhält Ehrenbrief des Landes Hessen

## Verleihung im Rahmen einer Feierstunde in Hainburg



**Bürgermeister Bernhard Bessel begrüßt Polizeipräsident Dr. Achim Thiel**

Im Rahmen einer Feierstunde erhielt Franz Winkler, ehemaliger Pressesprecher beim Polizeipräsidium Frankfurt, den Ehrenbrief des Landes Hessen aus den Händen des Landrates des Kreises Offenbach, Oliver Quilling. Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat ihm den Ehrenbrief des Landes Hessen für die Verdienste um die Gemeinschaft zuerkannt und damit seinen Dank und Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Die Auszeichnung wurde Franz Winkler am Dienstag, 29. März 2011 im Sitzungssaal des Rathauses in Hainburg verliehen. Franz Winkler war bis zum Eintritt in den Ruhestand bei der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und auch in dieser Funktion schon weit über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannt. Er übte im Nebenamt über mehrere Jahre hinweg beim Polizeipräsidium in Frankfurt die Funktion des Schwerbehindertenvertreters aus. In dieser Funktion genoss er ebenfalls großes Ansehen und konnte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Behörde in Frankfurt, die nicht uneingeschränkt dienstfähig waren behilflich sein. Denn gerade bei den ihnen zustehenden Möglichkeiten stoßen die Betroffenen nicht selten auf erhebliche Schwierigkeiten, da das nötige „Know



**Landrat Quilling und Bürgermeister Bessel im Gespräch mit Franz Winkler**

How“ fehlt. Wer einmal versucht hat, sich durch diesen Paragraphenschwengel durchzuhangeln, weiß, was Franz Winkler für seine Mitmenschen getan hat. So ein reichhaltiges Wissen kommt nicht von ungefähr und man muss, wegen der fortwährenden Gesetzesänderungen, immer am Ball bleiben – und das alles im Ehrenamt. Zudem engagierte sich Franz Winkler schon während seiner aktiven Dienstzeit im VdK und ist mittlerweile aus dieser Organisation nicht mehr wegzudenken. Sein fachlicher Rat wird von allen Seiten geschätzt, so dass er mittlerweile frei nach dem Motto: „Wer rastet, der rostet!“ als Referent Vorträge hält. Es sei die Anmerkung erlaubt, dass es verwundert, dass die Stadt Hainburg erst jetzt auf einen so sozial engagierten Bürger aufmerksam geworden ist und ihn für die Verleihung des Eh-

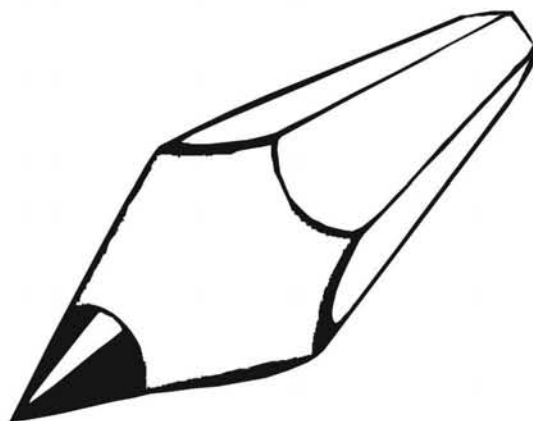
renbriefes vorgeschlagen hatte. Bei der Verleihung des Ehrenbriefes wollten es sich Dr. Achim Thiel, Polizeipräsident beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main, und Peter Kreuter, Polizeivizepräsident beim Polizeipräsidium Mittelhessen, nicht entgehen lassen, Franz Winkler an diesem Tag persönlich zu der Verleihung zu gratulieren. Selbst der Landrat des Kreises Offenbach, Oliver Quilling, und der Bürgermeister der Stadt Hainburg, Bernhard Bessel, konnten sich nicht daran erinnern, jemals einen Polizeipräsidenten und einen Polizeivizepräsidenten im Rathaus der Stadt Hainburg begrüßen zu dürfen. Nach der offiziellen Verleihung des Ehrenbriefes fand ein reger Erfahrungsaustausch statt und die Eheleute Winkler sowie Tochter Andrea luden die Gäste zu einem kleinen Imbiss zu sich nach Hause ein. Die Verleihung des Ehrenbriefes ist keine Selbstverständlichkeit, vielmehr ist er eine Auszeichnung des Hessischen Ministerpräsidenten, die für besonderes ehrenamtliches Engagement im Bereich der demokratischen, sozialen oder kulturellen Gestaltung der Gesellschaft verliehen wird, wie es 1973 vom damaligen Ministerpräsidenten Albert Oswald hervorgehoben wurde. Er rief diese Stiftung im selben Jahr ins Leben. Seit 1998 entscheiden jedoch die Landräte, in deren Bereich die zu Ehrenden wohnen, über die Verleihung. Jährlich werden in ganz Hessen lediglich etwa 1.000 Ehrenbriefe verliehen, so dass diese Auszeichnung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Noch einmal von dieser Stelle aus gratuliert die Frankfurter GdP Franz Winkler ganz herzlich zu dieser Auszeichnung, die er mehr als verdient hat. Fest steht aber auch, dass Franz Winkler auch ohne diese Auszeichnung in seinem Elan und dem Eintreten für seine Mitmenschen nicht zu bremsen ist. Franz Winkler hat für sich einen Ausgleich gefunden und geht in seiner spärlichen Freizeit gerne auf Reisen. Er hat versprochen demnächst im Polizeireport von diesen Reisen zu berichten.

Text und Bilder Wolfgang Link

5	4	6	9	3	1	2		7
	3	8						
6			2	9		5		
7		4				9		3
		5		8	7			4
						4	6	
3		1	7	4	5	8	9	2

	H		C			I		
	B				D	E		
				F	B	G		
D			H	I				A
E								I
G				B	F			D
		F	B	G				
		D	F				H	
		I			A		C	

G	F		D		A	H		C
I	B							
F	H			G			C	A
D	A						E	F
E	C			B			I	H
							G	E
B		C	F		H		A	D



	8			9		6		
7			4	3		8		1
1						9		
	2		5		6		8	
	4						2	
	3		9		8		1	
		5						8
		2		5	1			3
		9		7				6

5	3	9						
			6	1			5	
				9			4	2
			1		2	5		
4		7				8		1
		6	4		9			
8	4			6			2	
	7			5	1			
						9	3	7

# GdP – Frankfurt am Main

## Jahreshauptversammlung der Seniorengruppe

Der Vorsitzende der GdP-Seniorengruppe Frankfurt, Hans Werkmeister, konnte zur Jahreshauptversammlung am Mittwoch, den 6. April 2011, die der Einladung gefolgt Seniorinnen und Senioren im Clubraum 1, des Bürgerhauses Bornheim begrüßen.



**Hans Werkmeister**

Leider waren nur wenige Mitglieder gekommen, so dass nicht alle Plätze an den Tischen belegt waren.

Als Gäste konnte Hans Werkmeister den Bezirksgruppenvorsitzenden der Frankfurter GdP, Wolfgang Link, die Kollegin Petra Moosbauer, sowie den Leiter des „Bürgerinstituts e.V.“, Herrn Reichert, begrüßen.

Als nächster Punkt folgten der Bericht des Vorsitzenden über die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr, sowie ein Überblick über die anstehenden Aufgaben der nächsten Monate. Nach dem ausführlichen Bericht von Hans Werkmeister und dem Bericht des Kassierers, Bernhard Thomas, dem die Revisoren eine hervorragende Kassenführung bescheinigten, wurde der Antrag auf Entlastung gestellt. Der Antrag wurde von den Seniorinnen und Senioren einstimmig bestätigt. Wolfgang Link berichtete über das aktive Tagesgeschäft der GdP und über die Arbeit des Personalrates bei der Frankfurter Polizei. Von besonderem Interesse war für die Teilnehmer das Ergebnis der Tarifverhandlungen. Die Zusage der Landesregierung zur Übernahme des in schwierigen Verhandlungen erzielten Ergebnisses auf die Beamtinnen

und Beamten, steht noch aus. Der Vorstand der GdP wird mit aller Kraft dafür kämpfen, dass die Einmalzahlung auch für die Seniorinnen und Senioren zum Tragen kommt.

Ein herausragendes Ereignis wird die bevorstehende Weltmeisterschaft im Frauenfußball. In Frankfurt werden 3 Spiele ausgetragen.

Einen Höhepunkt in den nächsten Wochen wird das Jubiläum „60 Jahre GdP-Hessen“, für die Gewerkschaftsmitglieder sein. Es ist geplant, die Feierlichkeiten im Kaisersaal des Frankfurter Römers durchzuführen.

Am 28.05.2011 wird die GdP beim „Tag der offenen Tür“ des Polizeipräsidiums Frankfurt einen Verkaufstand aufbauen und bittet um Mithilfe bei der Besetzung des Standes durch Mitglieder der Seniorengruppe.

Auch die Unterlagen für das GdP-Phone waren für die Mitglieder vorhanden und wurden interessierten Mitgliedern ausgehändigt und noch offene Fragen beantwortet.

Gewerkschaftskollege Heinz Homeyer gab einen kurzen Überblick über die geleistete Arbeit im DGB-Seniorenkreis. Die geplanten Veranstaltungen des DGB-Seniorenkreises wurden den Teilnehmern zur Kenntnis gegeben.

Als hervorragende Veranstaltungen seien hier nur folgende erwähnt:

1. 29. Juni, 14:30 Uhr. „Nach der Kommunalwahl in Frankfurt: Was können die Seniorinnen und Senioren von der Politik erwarten?“
2. 07. September, 10:00 Uhr. An der Hauptwache in Frankfurt ist der Seniorenaktionstag 2011 geplant (Weitere Information folgen noch).



**Wolfgang Link gratuliert Hans Werkmeister zum 50-jährigen GdP-Jubiläum**

3. 28. September, 10:00 Uhr. „Antifaschistische Stadtrundfahrt Frankfurt am Main“.

4. 26. Oktober, 14:30 Uhr. „Weil du krank bist – musst du früher sterben? Gesundheitspolitik der CDU-FDP Bundesregierung“.

Weitere Informationen über die GdP Seniorengruppe Frankfurt.

Der geplante Ausflug der GdP-Seniorinnen und Senioren wurde vorgestellt und um Teilnahme geworben (siehe auch die Ankündigung über den Ausflug in diesem Report).

Die Gewerkschaftsarbeit des Vorstandes war selbstverständlich auch Thema der Jahreshauptversammlung. Es wurden die Teilnehmer für die Bezirksgruppenkonferenz benannt und gewählt.

Auch ein Kassenprüfer musste - nach dem gesundheitsbedingtem Ausscheiden von Walter Sippel - neu gewählt werden. Es wurde Helgo Müller vorgeschlagen und von den Mitgliedern einstimmig gewählt. Helgo Müller nahm die Wahl an und wir wünschen ihm an dieser Stelle ein gutes Gelingen.

Der GdP-Bezirksgruppenvorsitzende, Wolfgang Link, hatte auch noch eine besondere Ehrung vorzunehmen.

Er gratulierte dem Vorsitzenden der Seniorengruppe, Hans Werkmeister, ganz herzlich für seine 50 jährige Gewerkschaftszugehörigkeit, und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute. Dann überreichte er ihm, als Anerkennung für die lan-



**Reinhold Reichert bei seinem sehr interessanten Vortrag**

gen Jahre der Mitgliedschaft, einen Frankfurter Bembel.

Der Vortrag des Herrn Reinhold Reichert vom „Bürgerinstitut e.V.“ über die Problematik der

- | Betreuungsverfügung
- | Vollmacht
- | Patientenverfügung

fand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr große Beachtung. Gerade für ältere Menschen sind die Informationen und „wie

gehe ich damit richtig um“, sehr wichtig.

Eine Vollmacht ist schnell ausgestellt. Fragen dazu bleiben immer:

- | wurde auch die richtige Person bevollmächtigt
- | ist es richtig, die ausgewählte Person für alle Bereiche zu bevollmächtigen?

Es ist gar nicht so einfach, Vorsorge für den Ernstfall zu treffen.

Man sollte sich schon sehr intensiv mit diesem Thema befassen.

Die anwesenden Mitglieder hatten an den Referenten nach seinem Vortrag noch eine Vielzahl von Fragen.

Herr Reichert führte aus, dass das Bürgerinstitut e.V. auch zu Beratungen bei der Erstellung von Vollmachten oder Betreuungsverfügungen zur Verfügung steht und Hilfestellungen anbietet.

Mit dem Vortrag ging die Jahreshauptversammlung für das Jahr 2011 zu Ende.

Text: Peter Harleß, Heinz Homeyer  
Bilder Heinz Homeyer



**Die Teilnahme an der JHV machte allen Spaß**

# GdP-Seniorenausflug 2011



Der diesjährige Ausflug der GdP Seniorengruppe Frankfurt führt uns nach Rüsselsheim in das Stadt- und Industriemuseum, Hauptmann-Scheuermann-Weg 4, 654287 Rüsselsheim.

Am Dienstag, den 23.08.2011, treffen sich die Teilnehmer um 08:30 Uhr im Frankfurter Hauptbahnhof, in der Wartezone vor dem Infostand am Querbahnsteig, um dann mit der S 8 um 08:47 Uhr vom Gleis 103 nach Rüsselsheim zu fahren. Ankunft in Rüsselsheim um 09:10 Uhr.  
Vom Bahnhof in Rüsselsheim sind es 10 Gehminuten zum Museum.

Dort erwartet uns ab 09:30 Uhr eine Führung durch das Museum von ca. 1 ½ Stunden. Danach besteht für die Teilnehmer noch die Möglichkeit sich auf eigene Faust in dem Museum umzuschauen.

Das gemeinsame Mittagessen ist für 12:30 Uhr geplant. In welcher Gaststätte wir das Essen einnehmen, entscheidet sich erst, wenn die Teilnehmeranzahl feststeht. Essen und Getränke sind selbst zu bezahlen.

Nach der Mittagspause besteht die Möglichkeit die Festung zu besuchen oder einen Spaziergang durch den Verna-Park (liegt direkt neben dem Museum und der Festung) zu machen.

Die Rückfahrt ist für 16:00 Uhr geplant.

Sollte bei den Teilnehmern noch Interesse bestehen, wäre noch ein Abschluss in einer Apfelweinwirtschaft möglich. Dies wird am Ausflugstag von den Teilnehmern entschieden.

Der Teilnehmerpreis beträgt **11,00 Euro** pro Person.

Darin sind enthalten:

- die Bahnfahrt
- der Eintritt in das Museum sowie die Führung durch die Ausstellung.

Anmeldung an folgende Anschrift bis zum 10. August 2011 senden:

Gewerkschaft der Polizei  
Bezirksgruppe Frankfurt  
Seniorengruppe  
Seckbacher Landstraße 6  
60389 Frankfurt



Die Anmeldung wird erst durch eine Überweisung von 11,00 gültig.  
Verwendungszweck: Seniorenausflug Ffm 2011 mit Namensangabe.  
Bankverbindung:

Kontoinhaber: GdP Seniorengruppe,  
Sparda-Bank Hessen,  
BLZ.: 500 905 00,  
Kontonr.: 4950176

Die Anmeldung bitte in Druckbuchstaben ausfüllen.

Name ..... Vorname ..... Geburtstag .....

Mitgliedsnummer .....

Straße und Hausnummer ..... PLZ und Wohnort .....

Weitere/r Teilnehmer/in: .....  
Name

gemeinsames Essen  
bitte ankreuzen

ja

nein

# Von der Nähmaschine zum Elektroauto

## GdP-Mitglieder besuchen Opel-Werk in Rüsselsheim

Wir haben erlebt, wie Menschen zum Mond fliegen und wie sie auf einer Station im Weltraum wochenlang leben, wir benutzen Mobiltelefone aller Art, wir haben digitale Elektronik im Haushalt, Computer sind für uns selbstverständlich, wie verständigen und per Telefon und E-Mail in sekundschnelle weltweit und wir benutzen Autos, die voll gestopft sind mit Elektronik. Wir versenden bei der Polizei digitale Bilder und Fingerabdrücke, wir leben mit SAP und IZEMA, um unseren Polizeibetrieb am Laufen zu halten. Wir haben uns an all diese und noch viele andere Dinge gewöhnt, die uns das Leben im Regelfall leichter machen. Die Frage ist oft, wer produziert all diese Dinge und unter welchen Umständen? Wie sind die Arbeitsbedingungen? Was verdienen die Menschen, die in Fabriken arbeiten?



**„Doktorwagen“ nannte man diesen Opel, Baujahr 1909, ein Fahrzeug, das zu „erschwinglichen“ Preisen verkauft wurde. nw**



**Der berühmte „Laubfrosch“ von Opel, Baujahr 1924, das erste Fließbandfahrzeug. nw**

Als Polizeibeschäftigte haben wir einen interessanten, abwechslungsreichen und im Regelfall auch gut bezahlten Job. Sind die Jobs in Fabriken und anderen Produktionsstätten auch interessant und abwechslungsreich oder ist es eintönige Fließbandarbeit. Diesen Fragen ging jetzt, indirekt, die südhessische Gewerkschaft der Polizei nach, angeregt durch die Kreisgruppe D/VS, als sie zu einem Besuch im Opel-Werk in Rüsselsheim einlud. Zwanzig Personen folgten dieser Einladung, ausgesprochen vom KG-Vorsitzenden Jörg Hartweck. Gut zwei Stunden dauerte die Füh-

rung im Opel-Werk, sach- und fachkundig moderiert von Prisa Petry von der Firma Opel.

### Angefangen mit Nähmaschinen

Die Firma Opel gibt es seit dem Jahr 1862. Damals gründete Adam Opel in Rüsselsheim ein Unternehmen zum Bau von Nähmaschinen. Bis 1911 werden eine Million Nähmaschinen verkauft. 1886 steigt Opel in die Fahrradproduktion ein und wird zum weltgrößten Fahrradhersteller. 1899 wird das erste Auto der Marke Opel gefertigt. Es nennt sich „Opel Patent Motorwagen, System Lutzmann“. Es hat Holzfelgen, Vollgummireifen und Rechtslenkung. Bis 1906 haben 1000 Opel-Autos das Werk verlassen. Opel baute Flugzeugmotoren und Raketenautos, die einen Geschwindigkeitsweltrekord erzielen. Betrieben wurden sie mit Sprengstoff. 1928 erreichte Fritz von Opel 238 Kilometer pro Stunde. Der letzte Versuch verlief auf Schienen, ohne Fahrer. Da explodierte das Auto bei 300 km/h. Auch bei der Zepplinproduktion war Opel beteiligt. Nach dem II. Weltkrieg wurden sogar Haushaltskühlschränke der Marke „Frigidaire“ gefertigt.

1924 entsteht das erste am Fließband gefertigte Auto, Farbe grün,

12 PS, bekannt als Laubfrosch. Es ist das gleiche Fahrzeug das von Citroen in Frankreich gebaut wird. Daher stammt auch der Spruch: „Das Gleiche in grün“. Dieses Fahrzeug kostete 4000 Reichsmark. Zum Vergleich: Ein Arbeiter verdiente damals 80 Reichsmark. 1909 hatte Opel bereits mit dem roten „Doktorwagen“ ein zumindest für betuchte Menschen erschwingliches Auto gebaut. Auch Motorräder hatte Opel zwischenzeitlich gefertigt. Das Hauptaugenmerk galt aber den Motorfahrzeugen. Wie die aussahen, davon konnten sich die Besucher in der Oldtimer-Ausstellung ein Bild machen.

Zwischen 300 bis 400 Modelle hat Opel dort ausgestellt. Sie werden regelmäßig gewartet, sind alle fahrtüchtig und werden auch hin und wieder bei Oldtimer-Rallys eingesetzt. Opel war zeitweise der größte Automobilhersteller der Welt.

### Opel als Teil von General Motors

Die Nachkriegsgeschichte verlief spannende. Es ging ständig bergauf. Opel Blitz, Opel Olympia, Opel Rekord, Opel Kapitän, Manta, Corsa, Meriva, Astra, Zafira und wie die Marken sonst noch alle heißen, ka-



men und gingen. Im Oktober 2010 verließ der 16millionste Opel „Made in Rüsselsheim“ das Werk. Es ist mittlerweile ein Werk mit einer Ausdehnung von 260 Hektar und damit das zweitgrößte Werksgelände der Welt. Gekostet hat das Werk rund 750 Millionen Mark. Die Firma gehört seit 1929 zum Konzern von General Motors. Neben einem Betriebsrat, der bereits 1907 als „Arbeiterrausschuss“ gegründet wurde, gibt es dort eine Werkspolizei, ein Erdgaskraftwerk, eine Feuerwehr, ein Krankenhaus, 2000 Fahrräder und zahlreiche Autos, die auf dem Werksgelände fahren. 25 Kilometer Bahngleise sind dort verlegt. 7000 Menschen sind in der Abteilung beschäftigt, die sich mit der Entwicklung von Fahrzeugen und Technik befasst, weltweit. 4000 Menschen arbeiten in der Produktion und 3000 in der Verwaltung. Es gibt zahlreiche Opel-Werke in ganz Europa mit über 40.000 Beschäftigten. Pro Jahr werden 150 Auszubildende für verschiedene Berufe eingestellt und im Regelfall auch übernommen.

### Fließbandproduktion

Beeindruckend war der Besuch der Produktionsanlagen wo alles computergesteuert über Fließbänder läuft. Da ist wenig Menschenkraft gefordert, auch wenn nicht ganz auf sie verzichtet werden kann, wie sich bei dem Rundgang zeigte. Der lief in der oberen Etage und gab so den Blick auf die Anlagen frei. Fotografiert werden durfte dort allerdings nicht, lediglich bei den Oldtimern. Die Fließbänder laufen auch in zwei Etagen und bringen die Teile in sehr kurzen Abständen immer an die richtige Stelle, wo sie von Robotern oder von Menschenhand, oder von beiden, zusammengesetzt werden. Motoren werden nicht in Rüsselsheim gefertigt und auch Getriebe nicht. Sie werden per Bahn und Lkw „just in time“ angeliefert. Das erspart Lagerhallen, da die Lagerung von Teilen sehr teuer ist. Es gibt aber einen „Puffer“ auf dem Werksgelände, betrieben von der Spedition, die die Teile anliefert, wenn einmal Teile wegen eines Staus oder eines Unfalls nicht rechtzeitig eintreffen.

Es werden 18 unterschiedliche Modelle gebaut, nicht nur in Rüsselsheim, vom kleinen „Agila“ bis

zum Elektroauto „Ampera“. Alleine am Band in Rüsselsheim können elf verschiedene Modelle gleichzeitig gefertigt werden. Da gibt es zunächst riesige Kaltpressen, die 1000 Tonnen Stahl pro Tag zu einzelnen Bauteilen stanzen und pressen, nicht nur für das Werk in Rüsselsheim. 35.000 Pressteile werden pro Tag hergestellt. Für ein Auto benötigt man rund 50 Quadratmeter Stahlblech. Gepresst wird mit einem Druck von 2500 bis 25.500 Tonnen. Es wird Strom benötigt wie für eine Kleinstadt. Die Stahlrollen sind bis zu drei Kilometer lang und wiegen rund 25 Tonnen. Eine Presse kostet zwischen 50.000 bis zu einer halben Million Euro.

### 800 bis 900 Autos pro Tag

Ein Auto besteht aus rund 350 Teilen. 800 bis 900 Fahrzeuge werden pro Tag gebaut. Alle werden nach den Wünschen der Kunden gebaut (man kann unter rund 200 Teilen wählen, die man in und an seinem Fahrzeug haben will) und sind bereits verkauft. Das Rohkarosseriewerk arbeitet fast zu fast 90 Prozent automatisch. Karosserien bestehen aus rund 600 Blechteilen und wiegen etwa 400 Kilo, Motoren 200 bis 300 Kilo. Die Karosserien werden von 700 Robotern verschweißt und verschraubt, da dort auch Kunststoffteile verwendet werden. Motoren und Motorhauben (Aluminium) kommen aus Kaiserslautern. Die Motoren sind bereits kalt und warm gestestet und bekommen per Hand in Rüsselsheim ihren letzten Schliff. 56 Sekunden Zeit haben die Arbeiter für jeden zu fertigenden Schritt. Dabei können sie auf dem Fließband mitfahren. Immer nach einer gewis-

sen Zeit (einer Pause) werden die Plätze gewechselt, damit die Arbeit nicht zu eintönig wird. Es ist relativ viel Handarbeit gefordert. Jede Minute Bandstillstand kostet 40.000 Euro. Für die Produktion eines Autos, bis hin zur Füllstation, wo Benzin, Diesel, Öl und Kühlwasser eingefüllt werden, dauert eine Pkw-Produktion etwa 18 Stunden, die Zeit für die Arbeit in der Presse nicht mitgerechnet. Der Durchlauf einer Karosserie dauert drei Stunden, in der Lackiererei, wo fünf Schichten aufgetragen werden, braucht das Auto bis zur Trocknung acht Stunden. Die maximale Jahreskapazität beträgt pro Jahr bis zu 270.000 Automobile.

Bei so viel Technik kamen die Besucher aus dem Staunen kaum heraus. Vielleicht fahren sie jetzt ein wenig anders, wenn sie in ihren Streifenwagen der Firma Opel sitzen. Es ist einfach interessant, sich auch einmal anzuschauen, wie andere Menschen ihr Geld verdienen. Unbestätigten Berichten zufolge verdient ein Opel-Arbeiter im Schnitt 1800 bis 2000 Euro brutto.

nw



# Tournesol und Gewerkschaft der Polizei



## eine Kooperation für unsere Mitglieder

In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zwischen der Tournesol Idstein Betriebs GmbH, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Michelle Klee und ihrem Ehemann Herrn Holger Klee sowie dem stellv. Landesvorsitzenden Lothar Hölzgen, viele vorbereitende Treffen und Gespräche. Ziel war und ist, im Interesse unserer Mitglieder eine Kooperation auf den Weg zu bringen die ein einmaliges Angebot für Gesundheit und Wohlbefinden bedeutet.

Am Anfang stand die einfache Idee. Als Simone Sieger erstmals von dieser besonderen Einrichtung in Idstein erfuhr, erkundete sie die gesamte Anlage und die Angebote aus den Bereichen Wellness, Fitness und ließ das Ambiente auf sich wirken. Den Mehrwert dieser Anlage hat sie sofort erkannt und sich auf den Weg gemacht, um dieses besondere Angebot auch für unsere Kolleginnen und Kollegen zugänglich zu machen. Ihr war bekannt, dass den umliegenden Firmen besondere Konditionen eingeräumt wurden. Nach Prüfung, ob ein solches Angebot auch für alle Polizeibeschäftigten möglich wäre, wurde schnell klar, dass dies vor dem Hintergrund der besonderen Stellung unserer Polizei so nicht gestaltbar ist.

Die Gewerkschaft der Polizei, die in der Vergangenheit und auch in der Zukunft immer wieder auf der Suche nach besonderen und herausragenden Angeboten für ihre Mitglieder Ausschau hält, fand die Idee von Simone Sieger, eine Kooperation zwischen Gewerkschaft und Tournesol für Ihre Mitglieder, super.

Am 03. November 2010 unterschrieben Frau Michelle Klee und Lothar Hölzgen den Kooperationsvertrag.

Tournesol  
ZEIT FÜR MICH

Zeit für...  
...gesunde & motivierte  
Mitarbeiter

Kooperationsangebot  
für die Gewerkschaft der Polizei

www.tournesol-idstein.de

Exklusives Rundumpacket, genau das Richtige  
für unsere Mitglieder



Wir stellen Euch das Tournesol in den nächsten Zeilen gerne vor.

#### **Kontakt**

**Tournesol Idstein Betriebs GmbH**  
65510 Idstein/Nassau Viertel  
Weldertstraße 7 (Navi: Rudolfstraße)  
Tel.: 0 61 26 / 505 77 0  
business@tournesol-idstein.de

#### ***"Eines" für alle und alles.....***

Das Tournesol eröffnet im Internet ihren Auftritt mit der Darstellung seiner Philosophie:

***„das Leben besteht aus den Momenten, an die man sich bewusst erinnert. Daher freut es uns immer ganz besonders, wenn solche Momente mit Ihrem Tournesol verbunden sind.***

***Erleben Sie bei uns einen kleinen Urlaub zwischendurch:***

***Baden Sie in einzigartiger Kuppelbad-Atmosphäre, halten Sie sich im Fitnessbereich gesund und besuchen Sie unsere vielseitige Saunawelt.***

***Unser Beauty & Wellness Spa verwöhnt Sie mit Behandlungen und Anwendungen der fünf Kontinente, während unsere Eatstein-Küche für Ihr leibliches Wohl sorgt.***

***Nehmen Sie sich sorgenfrei eine Auszeit, und unsere Minisol Kinderbetreuung spielt liebevoll mit Ihren Kleinen.“***

Das Tournesol lässt sich in 4 Bereiche unterteilen:

Das Herzstück ist das Bad, dominiert von der sich öffnenden riesigen Dachkuppel. So wird das Hallenbad schnell zum Freibecken. Unter anderem wurde hier auch an ein Sportbecken (25 Meter), in Bahnen unterteilt, gedacht.



Der Fitnessbereich ist ausgestattet mit pneumatischen Sportgeräten der Firma Keiser GmbH.

Keiser stellt Sportgeräte her mit denen seit 2006 sogar die deutsche Nationalmannschaft trainiert.

Der Cardibereich ist im Vergleich zu Fitnessanlagen der Umgebungen auffällig üppig ausgestattet.

So gibt es 4 Laufbänder, 7 Hightech Spinningräder, Cross- und Hometrainer.

Der Gruppenkursplan ist proper gefüllt, mit allem was das Herz begehrt.

...ein Auszug:

- **Bauch Bein Po**
- **Rückenschule**
- **Step Choreo**
- **Workouts**
- **Spinning**
- **Yoga**
- **Pilates**

Der Gruppenkurplan ist abwechslungsreich und ändert sich saisonal.

Herausragend ist der 95qm große Spinningsaal mit insgesamt 30 Bikes, einer hochwertigen Musikanlage und einem Panoramafenster das den Blick auf den Feldberg genießen und abschalten lässt.



Die Räder bleiben nach dem Kurs stehen und müssen nicht mühsam zur Seite geschoben werden, weil der Raum für andere Zwecke genutzt werden soll.

Diese Fitnesswelt bietet ungeahnte Möglichkeiten zur aktiven Erholung.



Der nächste Bereich ist der Saunapark, eine Welt der Entspannung, wo Alltagsorgen draußen bleiben.

Es ist längst erwiesen, dass das Saunieren der Abhärtung gegen Erkältungskrankheiten, der Gesundheit sowie der Reinigung des Körpers und der Verbesserung des Wohlbefindens dient.

In dieser mächtigen Saunalandschaft mit Saunagarten (insgesamt 2500 m<sup>2</sup>) findet jeder ein ruhiges Plätzchen in gemütlicher Atmosphäre, getränkt in stimmungsvollem Licht und Klängen die zum Träumen einladen.



Auch hier ist die Abwechslung groß. Es gibt zum Beispiel eine extra Damensauna, eine Bio-sauna, eine Panoramasauna im Blockhaus und 2 Dampfbäder.

Durch den regelmäßigen professionellen Aufguss wird die Finn-Sauna zum Treffpunkt für schweißtreibende 8 Minuten.

Ein nächster Schwerpunkt legt das Tournesol auf Wellness.

Die Möglichkeiten der Massagen finden sich in diversen Kontinenten wieder. Hier lohnt ein Blick auf die Homepage.

Am Ende eines erlebnisreichen Tages lädt das Restaurant „Eat-stein“ zu saftigen Salaten und leckeren Drinks ein.



Das Alles und vieles mehr bekommst Du nach Vorlage Deines GdP-Mitgliedsausweises zu den im Schaukasten aufgeführten Konditionen.

**Unsere GdP- Konditionen**

**Bade Abo**  
€ 32,-/Monat (statt € 48,-)

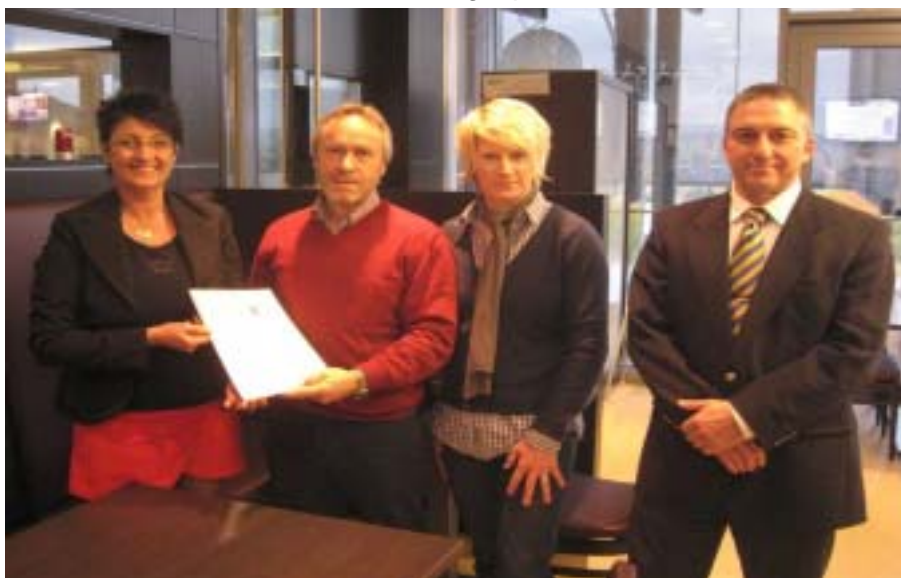
**Sauna Abo**  
Bad, Sauna  
€ 38,-/Monat (statt € 68,-)

**Fitness Abo**  
Bad, Fitness  
€ 38,-/Monat (statt € 68,-)\*\*

**Premium Abo**  
Bad, Sauna, Fitness  
€ 58,-/Monat (statt € 88,-)\*\*

\*\* zzgl. Fitness-Startpaket € 58,- einmalig  
Laufzeit: 12 Aktivmonate + Startmonat

Für die Inanspruchnahme der besonderen GdP-Konditionen braucht Ihr nur euren Mitgliedsausweis vorlegen und schon habt ihr monatlich über 30% gespart.....



Bei der Vertragsunterzeichnung am 03. November 2010: v. l.: Geschäftsführerin Michelle Klee, Lothar Hölzgen, Simone Sieger und Holger Klee.



# Echange franco-allemand

- La Belle Noire und der sonnige Süden -



In der Zeit vom 15.11.2010 bis zum 17.12.2010 fand der alljährlich stattfindende gegenseitige Austausch zwischen deutschen Polizeibeamten und französischen Kollegen der Police Nationale statt.

Nach erfolgreich bestandenem EAV im Juni 2010 erhielten Nadine Kraska, Kirstin Regensburger, Susanne Schiebel und Alexandra Uhde die freudige Nachricht, dass sie am Austausch teilnehmen dürfen.



Von links: Alexandra Uhde, Susanne Schiebel, Kirstin Regensburger und Nadine Kraska

Am 14.11.2010 ging die Reise teils mit Zug, teils mit Privat-PKW, nach Clermont-Ferrand los.

In dieser hübschen, alten Stadt im Zentralmassiv befindet sich das Institut National de la Formation de la Police Nationale, ein Ausbildungszentrum der französischen Polizei, in dem wir die ersten drei Wochen unseres Frankreichaufenthaltes verbringen durften.

Wir, eine Gruppe von 11 Austauschteilnehmern (neben den hessischen Beamten noch vier vom BKA und drei Kollegen aus Rheinland-Pfalz), wurden in zwei Sprachniveaus eingeteilt und von zwei professionellen



In der Gruppe der französischen Kolleginnen und Kollegen. Von links: Alexandra Uhde, Nadine Kraska, Susanne Schiebel (vierte v. l.) und Kirstin Regensburger (vierte v. r.)

Sprachausbildern unterrichtet, um die individuellen Kenntnisse in Französisch bestmöglich zu fördern.

Außerdem stellten sich Verantwortliche aus verschiedenen Bereichen der Police Nationale (PN) vor, zeigten uns ihre Zuständigkeiten, ihre Organisation, ihre Aufgaben, ihre Tätigkeitsfelder und standen uns für Fragen rund um die PN zur Verfügung.

Dabei hatten wir auch die Gelegenheit einige Einrichtungen mit Polizeibezug vor Ort zu besichtigen, wir besuchten beispielsweise die CRS (vergleichbar mit hiesiger Bereitschaftspolizei), eine Gerichtsverhandlung und das Commissariat.

Während der freien Zeit hatten wir viele Möglichkeiten, die reizvolle Umgebung Clermonts kennenzulernen und verschiedene kulturelle Events zu besuchen.

So fand in der Vorweihnachtszeit ein kleiner Weihnachtsmarkt auf dem Vorplatz der Kathedrale (La Belle Noire) statt, und wir

machten eine gemeinsame Wanderung mit den Betreuern und französischen Kollegen auf den nahegelegenen Puy de Dôme mit anschließendem traditionellem Essen in einem auvergnatischen Restaurant.



Unser persönliches Highlight war die selbstorganisierte Weinprobe am vorletzten Abend, zu der wir auch einige der Betreuer und Dozenten eingeladen hatten.

Auch von der Direktion der Polizeischule wurde zur Verabschiedung ein hervorragendes typisch französisches Abendmenü organisiert.

Schade war lediglich, dass nur ein sehr kleiner Teil des Stabs und der Organisatoren dazu eingeladen wurde.

Anschließend trennten sich unsere Wege, und die Gruppe wurde auf insgesamt vier Städte Frankreichs (Marseille, Reims, Rouen, Toulouse) aufgeteilt, um dort jeweils die vierzehntägige Hospitation zu absolvieren.

Alexandra und Nadine wurden freundlich in Toulouse empfangen und Kristin und Susanne durften nach Marseille reisen.

### Marseille:

In einer völlig chaotischen WG wurden wir zusammen mit Kollegen vom BKA und aus Rheinland-Pfalz in einem Vorort von Marseille (Allauch) untergebracht, da aufgrund von organisatorischen Problemen seitens der französischen Polizei kurzfristig eine neue Unterkunft für uns bereitgestellt werden musste.

Nichts desto trotz wurden wir äußerst herzlich und engagiert von unseren Betreuern dort, Patrice, Karen, und Laurent, aufgenommen.

Um uns erst mal einen „Überblick“ über die Ausmaße Marseilles zu verschaffen, organisierte Patrice auf eigene Faust am ersten Tag eine individuelle Sightseeingtour quer durch Marseille die mit einem mediterranem Mittagessen am Hafen von Marseille endete. Mit Liebe zu „seiner“ Stadt zeigte er uns sowohl bekannte Sehenswürdigkeiten (Vieux Port, Notre Dame de la Garde) wie auch viele kleine schöne Ecken und Viertel, die vielleicht dem „normalen“ Touristen verborgen bleiben.

Im Laufe der zwei Wochen wurde uns ein vielseitiges Programm zuteil, bei welchem wir die verschiedensten Dienststellen besuchten und einen umfassenden Einblick in die Polizeiarbeit der Hafenmetropole gewinnen konnten.

Ein letztes Highlight war eine atemberaubende Bootstour mit dem neuen Polizeiboot der Küstenpolizei. Bei eiskaltem, stürmischen Mistral und herrlichem Sonnenschein zeigte uns die Bootsbesatzung diverse Sehenswürdigkeiten (Calanques, Château d'If u.a.).

### Toulouse:

Wir wohnten in der Polizeischule Toulouse etwas abseits vom Stadtzentrum.

Die Zimmer waren einfach ge-



halten aber völlig ausreichend für die zwei Wochen unseres dortigen Aufenthaltes.

Empfangen wurden wir im Commissariat Nord von Valérie und in unsere Praktika eingewiesen.

Die meisten Tage verbrachten wir im Polizeipräsidium, dem Hôtel de Police.

Dort durchliefen wir unterschiedlichste Abteilungen. Für jeden von uns wurde ein individuelles Programm erstellt, so konnten wir zahlreiche Erfahrungen sammeln und verschiedenste Eindrücke gewinnen.

Jeder von uns verbrachte viel Zeit allein mit den französischen Kollegen, was eine große Herausforderung für uns darstellte und sehr positiven Einfluss auf unsere Französisch-fortschritte hatte.

Insgesamt hatten wir ein ausgefülltes, abwechslungsreiches Programm, erhielten Einblicke in die Arbeit der dortigen Ermittlungsgruppen, der Kriminalpolizei und des Streifendienstes, wobei letzteres für uns am inte-

ressantesten war, da dies unserer Arbeit hier am ähnlichsten war.



Alexandra Uhde mit zwei französischen Kollegen

Abends und am Wochenende hatten wir genug Zeit, die Stadt kennen zu lernen, leckeren Wein und regionale Spezialitäten zu kosten oder einen französischen Kinofilm anzuschauen. Ein besonders netter

Abend war das Weihnachtsessen mit der gesamten Belegschaft des Commissariat Nord.

### **Fazit:**

Auch wenn in den fünf Wochen nicht immer alles optimal verlief, ist dieses Austauschprogramm für jeden, der ein wenig Französischkenntnisse und Interesse an der dortigen Kultur mitbringt, ein absolutes MUSS!

Chapeau an alle Mitwirkenden!



Von links: Nadine Kraska, Susanne Schiebel, Kirstin Regensburger und Alexandra Uhde.

*Susanne Schiebel, PK'in  
Alexandra Uhde, PK'in  
Kirstin Regensburger, PK'in*

# Nationalsozialistischer Terror nach der Machtübernahme

## Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) in Frankfurt am Main

### Von Kurt Kraus, Frankfurt

#### Die Nationalsozialisten auf dem Wege zur Macht

Nachdem es am 31. Januar 1933 den Nationalsozialisten infolge einer Intrige des ehemaligen Reichskanzlers Franz von Papen gelungen war, mit Adolf Hitler,



SS Obergruppenführer Reinhard Heydrich (l) mit Dr. Hans Frank (r)

Hermann Göring und Wilhelm Frick das Regierungskabinett mit drei Ministerposten zu besetzen, standen dem künftigen Naziterror Tür und Tor offen. Die künftige Grausamkeit des Regimes lagen damals noch außerhalb jeder Vorstellungskraft. Diesen schon nicht mehr erhofften Fuß in der Tür nutzten die Nazis zu einer völligen Machtübernahme, die zur Errichtung einer Diktatur geführt hatte. Zug um Zug gelang es Hitler, die demokratischen Regierungsmitglieder auszmanövrieren. Der greise Reichspräsident Hindenburg ernannte Hitler unter dem Druck seiner Berater und nicht ohne Bedenken zum Reichskanzler sowie Franz von Papen zum Vizekanzler. Adolf Hitlers politisches Konzept war von Anfang an auf eine Alleinherrschaft ausgerichtet. Es kam ihm in erster Linie darauf an, seine noch nicht völlig in seinen Händen befindliche Macht nach Außen und Innen abzusichern. Einer seiner wichtigsten Helfer war Hermann Göring. Als Preußischer Innenminister unterstellte er die SA der Preußischen Polizei. Das gesamte Polizeiwesen befand sich vor einem großen Umbruch. Alle leitenden Polizeidienststellen wurden mit hohen SA und SS-Führern besetzt. Nach dem

„Röhmputsch“ im Juni 1934 ging das gesamte Polizeiwesen in die Zuständigkeit der SS über. Die vorrangigste Aufgabe dieses neuen Sicherheitsapparates war die Überwachung von oppositionellen Gruppen und Personen, von denen Widerstand und Regimefeindlichkeit zu befürchten waren. Bereits am 26. April erließ Hermann Göring ein Gesetz zur Gründung eines Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapo), aus dem später die Geheime Staatspolizei (Gestapo) hervorging. Die Polizei in Preußen war von nun an der Staatspolizei unterstellt. Um die Übernahme des Sicherheitsapparates gab es zwischen der preußischen Regierung und Heinrich Himmler aufreibende Machtkämpfe. Diesem ging es vor allem darum, die Staatspolizei in die Zuständigkeit der SS zu überführen. Einer seiner größten Gegenspieler war Hermann Göring, der bei Hitler im hohen Ansehen stand.

#### Ausschaltung der demokratischen Parteien und Bekämpfung der Opposition. Verwirklichung der Alleinherrschaft.

Die größte Gefahr sahen die Nazis in der Kommunistischen Partei. Mit ihren 250 000 Anhängern und 4000



Gestapo-Beamter in Zivil



Oberster SS-Führer Heinrich Himmler und Chef der Deutschen Polizei

politischen Zellen wären diese in der Lage gewesen, einen möglichen Umsturz zu inszenieren. Hauptziel der Nationalsozialisten war es, diesen gefährlichen Gegner auszuschalten. Man befürchtete von dieser Seite einen ähnlichen Umsturz, wie im Jahre 1917, der in Russland zum Sturz des Zarenregimes geführt hatte. Der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 wurde durch eine geschickte Propaganda den Kommunisten angelastet, wofür es keinerlei Beweise gab. Vermutungen deuteten daraufhin, dass Göring der Initiator gewesen sei. Hitler regierte mit einer von Reichspräsidenten erlassenen Notverordnung. Diese ermöglichte es ihm, am 24. März 1933 ein Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, kurz Ermächtigungsgesetz genannt, zu erlassen. Damit war die völlige Machtübernahme besiegelt. Aufgrund dieses Gesetzes wurden die Kommunistische und Sozialdemokratische Partei verboten und der Reichstag, der zwar formell bestehen blieb, ausgeschaltet. Im weiteren Zug folgte die Auflösung aller Gewerkschaften und ein absolutes Streikverbot.

#### Die Absicherung der Macht

Zur endgültigen Absicherung ihrer Macht ging es den Nazis darum, das Heeres- und Polizeiwesen völ-

lig unter ihre Kontrolle zu bekommen. Am 20. April 1934 übernahm Himmler per Handschlag die Leitung der Geheimen Staatspolizei. Es war der erste Schritt, um später als Chef der Deutschen Polizei und seit 1935 als Reichsinnenminister den gesamten Polizeiapparat unter seine Herrschaft zu bringen. Damit war der staatliche Terror staatlich sanktioniert. Am ersten Jahrestag der Machtübernahme erließ Hitler ein Gesetz zum Neuaufbau des Reichs. Mit dem proklamierten Einheitsstaat verloren die Länder ihre Eigenständigkeit. Das gesamte Reich wurde in Gaubezirken unterteilt und dem Reichsinnenministerium unterstellt. Am 17. Juni 1936 wurde die Polizei reichseinheitlich neu gegliedert und Heinrich Himmler zum Chef der Deutschen Polizei ernannt. Mit der Aufstellung einer Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei wurden zwei Bereiche geschaffen. Die Sicherheitspolizei stand unter der Leitung von SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich. Zur Sicherheitspolizei gehörten die Kriminalpolizei, der Sicherheitsdienst (SD) und die Geheime Staatspolizei. Der Sicherheitsdienst (SD) war der Geheimdienst der NSDAP, während die Gestapo für die Verfolgung von politischen Gegnern und später für die Deportation von Juden zuständig war. Doch der SD und die Gestapo waren so eng miteinander vernetzt, dass sich die Zuständigkeiten oft miteinander vermischten, so dass man kaum eine Unterscheidung treffen konnte. Als oberste Behörde für den Sicherheitsdienst, Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei wurde 1939 das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) mit Sitz in Berlin eingerichtet. Leiter dieses Amtes war bis zu seiner Ermordung



Gestapoleitstelle Frankfurt, Lindenstraße 27



Die Gestapo in Aktion

Reinhard Heydrich und nach dessen Ermordung Ernst Kaltenbrunner.

### **Aufbau und Gliederung der Geheimen Staatspolizei und ihre Gebietszuweisungen**

Das Organisationschema der Frankfurter Geheimen Staatspolizei im Jahre 1933 gab Hinweise über deren Gliederung. Die Unterteilung erfolgt in Spionageabwehr, Außendienst und Sonderaufgaben sowie in eine Kanzlei und Registratur. Für die personelle Ausstattung griff man auf erfahrene Kriminalbeamte der Politischen Polizei zurück. Dies geschah teilweise ohne deren Einverständnis. In welchen Gewissenskonflikt diese dabei gerieten, ist den Schilderungen von Kriminalrat Dr. Karl Schäfer zu entnehmen, der bis zu seiner Übernahme zur Staatspolizei Leiter der Spionageabwehr bei der Politischen Polizei gewesen war. Die Personalausstattung der Frankfurter Gestapo nahm sich vorerst sehr bescheiden aus. Zur Durchführung ihrer Aufgaben standen ihr lediglich 18 Beamte zur Verfügung. Mehrere Beamte der Politischen Polizei wurden nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentum ohne Pensionsanspruch aus dem Dienst ent-

fernt, darunter auch der Leiter der Politischen Polizei Kriminalrat Ferdinand Mührdel, der spätere erste Frankfurter Polizeipräsident der Nachkriegszeit werden sollte. Ende 1933 war der Personalbestand auf 40 Beamten angewachsen. Dieses ermöglichte eine organisatorische Ausweitung auf vier Kommissariate. Die Neuorganisation hatte folgendes Aussehen. 1. Spionageabwehr, 2. Linksopposition, 3. Rechtsopposition, Katholiken, Juden, Bibelforscher, Emigranten, 4. Versammlungen, Waffen- und Pressegelegenheiten, Schutzhaft, Verwaltung und Registratur. Die Zuständigkeit war auf verschiedenen SS-Oberabschnitten verteilt, denen Höheren SS-Führer vorstanden. Die Gestapo in Frankfurt gehörte zum SS-Oberabschnitt Fulda/Werra mit Sitz in Kassel und dem Abschnitt Rhein mit Sitz in Wiesbaden. In Frankfurt war die Gestapo zunächst im Polizeipräsidium untergebracht. Mit dem damaligen Polizeipräsidenten von Westerm zu Gutacker hat es immer wieder erhebliche Spannungen gege-



Gedenktafel am Haus Lindenstraße 27

ben. Bedingt durch die organisatorische Ausweitung bezog die Gestapo in der Bürgerstraße 22, heute Wilhelm-Leuchner-Straße, ein Ausweichquartier. Weitere Dienststellen wurden im Siemenshaus in der Gutleutstraße untergebracht. Erst im April 1941 erwarb die Gestapo in der Lindenstraße 27 ein eigenes Dienstgebäude, in dessen Räume 140 Gestapo-Mitarbeiter untergebracht werden konnten. Das Nachbarhaus diente zur Unterbringung des Leiters der neuen Gestapoleitstelle. Eine präzise Gebäudebeschreibung liefert Dr. Volker Eichler vom Hessischen Staatsarchiv in seiner Publikation „Organisation, Struktur und Schriftgutüberlieferung der Gestapo in Frankfurt am Main.“ Das Gebäude



umfasste Kellerräume, ein Hochparterre, zwei Obergeschosse sowie ein Dachgeschoss. Im Keller wurden drei Haftzellen und ein Luftschutzraum eingerichtet. Das Gebäude diente zuvor als Damenstift und gehörte der Familie von Cronstetten. Das neue Dienstgebäude diente jedoch nicht zur dauerhaften Unterbringung von Häftlingen. Hierfür standen das Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße, das Untersuchungsgefängnis in der Hammelsgasse sowie Notgefängnisse in der Rödelheimer Str. 10/12 und Gutleutstraße 13 zur Verfü-



Polizeigewahrsam Frankfurt (Klapperfeldstraße)

gung. Im April 1942 hatte man auf dem Gelände der VDM in Hedernheim ein Arbeitererziehungslager eingerichtet, das 1943 auch als Erweitertes Polizeigefängnis genutzt wurde. Es erlangte traurige Berühmtheit, weil es ebenfalls als Durchgangslager für jüdische Häftlinge diente, die man in Konzentrationslager weitertransportierte. Zeitzeugenberichte belegen, dass es auch als Hinrichtungsstätte verwendet wurde. Das Bewachungspersonal bestand aus 90 Personen. Ein weiteres Lager unterhielt die Gestapo in Hirzenhain. Die Geheime Staatspolizei verfügte über weitgehende Befugnisse. Ohne sich bei übergeordneten Stellen rückversichern zu müssen, konnten sie in eigener Machtvollkommenheit Einweisungen in Konzentrationslager anordnen. Für ihren Zuständigkeitsbereich verfügte sie zwar über eine nur dünne Personaldecke, doch standen ihr ca. 500 V-Leute und zahlreiche Denunzianten zur Seite. Im Hauptpostamt auf der Zeil hatte man einen geheimen Briefkasten eingerichtet, wo Gestapo-Spitzel monatliche Berichte hinterlegen konnten. Den Hauptschlag führte die Gestapo in Frankfurt gegen kommunistische Wider-

standszellen. Zahlreiche Widerstandskämpfer wurden verhaftet und nach Volksgerichtsurteilen hingerichtet. Viele Personen, an deren nationalsozialistische Gesinnung Zweifel bestanden, wie Künstler, Musiker, die sich nach Ansicht der Nazis einer entarteten Kunst zugewandt hatten, wie der spätere berühmte Posaunist Albert Mangelsdorff sowie Gewerkschaftsführer und Angehörige von demokratischen Parteien und auch Homosexuelle gerieten nicht selten in den Fokus der Gestapo. Besonderen Eifer legte sie bei der Aufspürung von jüdischen Familien, denen ein schreckliches Ende in den Konzentrationslagern bevorstand. Da es der Frankfurter Gestapo gelungen war, noch vor Kriegsende alles an belastendem Material zu vernichten, lässt sich das Ausmaß des Schreckens heute nur noch anhand von externen Akten sowie Zeitzeugenberichten und noch erhalten gebliebenem Schriftgut rekonstruieren. So blieb eine Liste erhalten, in der 12037 verhaftete Personen, vorwiegend Juden, aufgeführt waren, die man in Konzentrationslager eingewiesen hatte, wo sie in den Gaskammern einen schrecklichen Tod gefunden haben. Die Vernehmungsmethoden der Gestapo waren grausam und unmenschlich. Geständnisse von Festgenommenen wurden durch brutale Schläge und Folter erpresst. Dabei wurde auch der Tod des Opfers in Kauf genommen.

### **Das Kriegsende in die Auflösung der Gestapo**

Als sich anfangs März amerikanische Verbände Frankfurt näherten, bereitete sich die Frankfurter Gestapo auf ihren Rückzug nach Oberhessen vor. Der Leiter der Frankfurter Gestapo war jetzt sogar der Kommandeur für die Hessische Sicherheitspolizei. Ihm unterstanden damit alle Kriminal- und Staatspolizeistellen. Als neuer Dienstort hatte man das Landratsamt in Alsfeld vorgesehen. Am 26. März 1945, kurz vor der Einnahme der Stadt verließen die letzten Gestapobeamte das Dienstgebäude in der Lindenstraße 27. Viele von ihnen sind regelrecht untergetaucht und haben sich somit der Verant-

wortung für ihre schlimmen Verbrechen entzogen. Zuvor hatten sie im Lager Hirzenhain noch zahlreiche Inhaftierte umgebracht. Laut Auskunft der Staatsanwaltschaft Frankfurt haben keine der späteren Anklagen zu einer Verurteilung geführt, weil zum einen die Opfer nicht mehr lebten und zum anderen das belastende Aktenmaterial vorzeitig vor dem Einmarsch der Amerikaner vernichtet wurde. Auch bei den damals durchgeführten Spruchkammerverfahren mussten wegen fehlender Beweise ehemalige Gestapoangehörige als entlastet eingestuft werden. Zwar konnte man die Allgemeine Kartei der Frankfurter Gestapo mit Namen von verhafteten Personen sicher-



### **Folterung eines Häftlings, nachgestellte Filmszene**

stellen, jedoch enthielten die 165000 Karteikarten keine Hinweise über deren Schicksal und der beteiligten Gestapobeamten. So bleibt die Geschichte der Frankfurter Gestapo nach wie vor ein ungeklärtes dunkles Kapitel in der Frankfurter Polizeigeschichte.

### **Quellenangaben:**

Rupert Butler, Die Gestapo, Hitlers Geheimpolizei 1933-1945, Klagenfurt 2004  
 Dr. Karl Schäfer, 20 Jahre im Polizeidienst, Hanau 1977  
 Dr. Volker Eichler, Organisation, Struktur und Schriftgutüberlieferung der Gestapo in Frankfurt am Main.  
 Prof. Dr. Gerhard Paul, Dr. Klaus Michael Mallmann, Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2000  
 Armin Schmid, Frankfurt im Feuersturm, Frankfurt 1990  
 Friedrich Wilhelm, Die Polizei im NS-Staat, Paderborn 1999

**Bildnachweis: Internet (Google), zur Veröffentlichung freigegeben**